

Annex 3: Länder / Gemeinden/ social partners: Reporting table on flagship projects contributing to the national Europe 2020 targets

National Europe 2020 targets according to responsibility	List of measures and their state of play	Estimated impacts of the measures (qualitative and/or quantitative)
Employment target 77-78%		
Land Niederösterreich	<p>Mobiles Gründerservice (RIZ NÖ) Leitinitiative(n):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – zT Agenda für neue Kompetenzen & Beschäftigungsmöglichkeiten <p>Das mobile Gründerservice der RIZ-Gründeragentur zielt in erster Linie darauf ab, die Gründungsrate in Niederösterreich zu heben und die Überlebensrate in den ersten Jahren zu steigern. Dazu werden folgende Leistungen angeboten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ansprache aller potenziellen Gründerinnen und Gründer in Niederösterreich durch ein breites Spektrum an Mobilisierungsmaßnahmen (Öffentlichkeitsarbeit, Multiplikatoren wie Rechtsanwälte, Steuerberater, Gemeindevertreter, Vereine, Behörden,...) – Aktive Kontaktaufnahme mit allen Gewerbeanmeldern: Vorstellung der RIZ-Leistungen, Erhebung des Unterstützungswunsches – Kostenlose und individuelle Beratung bzw. Coaching von Gründerinnen und Gründern und Jungunternehmerinnen und -unternehmern von der Geschäftsidee bis zu 3 Jahre nach Beginn der Selbständigkeit – Schwerpunkt „Geschäftskonzept“, Förderung & Finanzierung, Marketing, Standortsuche – Beratung von bestehenden EPU und KMU bei neuen Geschäftsideen und Expansion 	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung der Selbstständigkeitsquote in Niederösterreich – Entwicklung /Wachstum von EPU/KMU auf Basis eines soliden Geschäftskonzepts – Verhinderung von Insolvenzen und Verschuldung – Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosenrate – Positive Imagebildung zum Thema Selbstständigkeit – Verbreitung eines „entrepreneurial spirit“

	<ul style="list-style-type: none"> – Laufende telefonische Nachbetreuung bestehender Kundenkontakte – Flächendeckende Beratung in ganz Niederösterreich, auf Wunsch auch beim Kunden vor Ort – Begleitende Maßnahmen: Seminare, Veranstaltungen, Wettbewerbe, etc. zu gründungsrelevanten Themen wie Geschäftskonzept, Steuern, Marketing, Kundenakquise, Öffentlichkeitsarbeit u.v.m. – Identifikation und Ausarbeitung von Kooperationspaketen für Gründerinnen und Gründer (z.B. Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, Mahnwesen, Website, Regionalmedien etc.) <p>Die Zielgruppe sind somit Gründerinnen und Gründer sowie Jungunternehmerinnen und –unternehmer bis zu 3 Jahre nach Unternehmensgründung, aber auch EPU/KMU, die ein Gewerbe anmelden und damit ihre Geschäftstätigkeit ausweiten wollen.</p>	
Land Salzburg	<p>Pflege-Ausbildungsoffensive Salzburg Ein Weg zur Erhöhung der Beschäftigungsquote führt über die Förderung von Qualifizierungen für Arbeitsplätze, für die Fachkräfte fehlen. Entsprechend dem Personalbedarf im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege hat das Arbeitsmarkttressort des Landes Salzburg in den vergangenen zwei Jahren eine Pflege-Ausbildungsoffensive mit der Pflegestiftung Salzburg als Herzstück gestartet.</p>	Erhöhung der Beschäftigungsquote, insbesondere von Frauen; jährlich rund 140 Salzburger in einer (Diplom-)Pflegeausbildung.
Land Salzburg	<p>Salzburger Bildungsscheck Förderung von Qualifizierungen, die beruflich nutzbar sind, insbesondere von Beschäftigten über 50 Jahre.</p>	Höherqualifizierung zur Sicherung des Arbeitsplatzes und Vermeidung von Arbeitslosigkeit; jährliche finanzielle Zuschüsse für ca. 400 über 50-Jährige Salzburgerinnen und

		Salzburger zur berufsbezogenen Qualifizierung.
Land Salzburg	AQUA – Arbeitsplatznahe Qualifizierung Unterstützung arbeitsuchender Salzburgerinnen und Salzburger durch Berufsorientierung und anschließende praxisnahe Aus- und Weiterbildung entsprechend konkreten betrieblichen Anforderungen zur Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses.	Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit durch Umschulung. Pro Jahr kann mit einem Beitrag zur Heranbildung des Fachpersonals für ca. 300 schwer zu besetzende Arbeitsplätze im Land Salzburg gerechnet werden; entsprechend der Evaluierung über Eintritte der letzten Jahre arbeiten mehr als 80% der Stiftungsteilnehmer nach Ausbildungsabschluss in ihren Praktikumsbetrieben weiter.
Land Salzburg	Chancengleichheit/Anti—Diskriminierung Frauen in Aufsichtsräten Umsetzung des Regierungsbeschlusses der Salzburger Landesregierung vom Mai 2011 zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten von Unternehmungen, an denen das Land beteiligt ist bzw. bei der Besetzung von Organen von Unternehmen, für die das Land ein Entsendungsrecht hat.	Erhöhung des Frauenanteils bis Ende 2014 auf 25% und bis Ende 2018 auf 35%.
Land Tirol	Strategie des Beschäftigungspaktes Tirol Der Beschäftigungspakt Tirol versteht sich als regionale Vernetzung der Akteure der Tiroler Beschäftigungspolitik. Mit 13 Paktpartnerorganisationen (Land, AMS, Bundessozialamt, Sozialpartner usw.) sind in Tirol alle wichtigen Akteure vereint. Die in Tirol gewählte Struktur ermöglicht, es politikübergreifend beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitisch relevante Themen bedarfsgerecht, effizient und auf die jeweilige Zielgruppe fokussiert umzusetzen. Im obersten Entscheidungsgremium, der Steuerungsgruppe, sind alle Paktpartner mit Sitz und Stimme vertreten. Inhalt und geplante Aktivitäten werden in einem Arbeitsprogramm gemeinsam festgelegt,	Die Maßnahmen tragen wesentlich dazu bei, dass die Beschäftigungsquote in Tirol erhöht wird. Daneben ist festzustellen, dass Tirol sowohl im Bereich der Jugendlichen, als auch im Bereich der Erwachsenen eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten sowohl im Österreichvergleich, als auch im EU-Vergleich aufweist. Dies zeigen die Arbeitslosenzahlen des AMS. Auf qualitativer Ebene gelingt es durch die koordinierte Vorgangsweise, Angebote zu verbessern, Lücken zu schließen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

welches jährlich aktualisiert wird. In Arbeitsgruppen werden die thematischen Schwerpunkte von FachexpertInnen der Paktpartner bearbeitet.

Aufbauend auf der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation des Landes werden die Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte des Paktes beschlossen. Auf Ebene der arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Regelmaßnahmen agiert der Pakt in der Form, dass Regelmaßnahmen, die im Wirkungsbereich der einzelnen Partnerorganisationen liegen, einem inhaltlichen und finanziellen Abstimmungsprozess zugeführt werden, um dadurch Synergiepotentiale zu nutzen bzw. Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Bei politik- und institutionenübergreifenden Themen bzw. Maßnahmen, die nicht von einer Organisation alleine bearbeitet werden können, wird die gemeinsame Bearbeitung bzw. Umsetzung dieser Themenbereiche versucht.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte und Zielgruppen sind Jugendliche am „Übergang Schule/Beruf“, arbeitsmarktferne Personen wie z.B. BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung, Ältere Personen unter dem Aspekt des „Active/Productive Ageing“ sowie die „Bildungs- und Berufsberatung“ unter dem Aspekt des Lebenslangen Lernens.

Mit den gewählten Schwerpunkten wird daher zur Erreichung mehrerer 2020-Ziele beigetragen (Beschäftigung, Verringerung der Zahl der Schulabbrecher, Verringerung Armutgefährdung).

Ausgewählte Erfolge:

1. Zielgruppe der Jugendlichen:

Der Beschäftigungspakt Tirol hat in den letzten Jahren schrittweise ein ganzheitliches und tirolweites Übergangsmangementsystem für ausgrenzungsgefährdete Jugendliche am Übergang Schule/ Beruf aufgebaut. Mit verschiedenen Modulen die nunmehr zum Teil in das Jugendcoaching des Bundes übergeführt wurden (wie. z.B. Frühwarnmeldesystem, SchuBS - CaseManagement für ausgrenzungsgefährdetet Jugendliche) und teilweise noch weitergeführt werden (z.B. Gemeindebeauftragte, Lernbegleitung), werden Jugendliche am Übergang Schule/Beruf bestmöglich betreut und dort unterstützt, wo sie konkrete Hilfe benötigen. Im Rahmen einer Studie soll die Zielgruppe der ausgrenzungsgefährdeten Jugendlichen sowohl quantitativ, als auch qualitativ näher beleuchtet werden.

Mit einer eigenen Landeskoordinationsstelle werden die Gesamtkoordination und damit der Überblick über die umfangreiche Maßnahmenlandschaft gesichert und können bestehende Lücken eruiert werden. In dem vor kurzem fertig gestellten Internetauftritt www.jugendchancen-tirol.at wird FachexpertInnen und BeraterInnen eine weitere Orientierungshilfe gegeben.

Die in Tirol im Rahmen des Paktes 2008 gestarteten Produktionsschulen wurden zwischenzeitig ins Regelsystem übergeführt und arbeiten erfolgreich sehr.

2. Zielgruppe armutsgefährdete Personen: bedarfsorientierte Mindestsicherung

Im Pilotprojekt „AKIworks“ erfolgt eine kontinuierliche, intensive Einzelbetreuung von BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung beim (Wieder)Einstieg ins Berufsleben. Primäres Projektziel ist die Erhöhung der Vermittlungsfähigkeit der beratenen/betreuten Personen, um den (Wieder)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Darunter wird die Integration der TeilnehmerInnen in den ersten Arbeitsmarkt, auf einen geförderten Arbeitsplatz oder in ein arbeitsmarktpolitisches Maßnahmenangebot des Arbeitsmarktservice Tirol verstanden. Seit dem Start von AKIworks wurden 571 Personen an den Standorten Innsbruck, Wörgl und Imst betreut, wovon rund 43 % der TeilnehmerInnen bereits am ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten.

3. Zielgruppe der Älteren:

Active/Productive Ageing ist ein wesentliches Thema, um den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Personen zu sichern und Personen vor Altersarmut zu schützen. 2012 erfolgte eine gesamthafte Erhebung der in Tirol unter dem Gesichtspunkt Active/Productive Ageing aktuell vorhandenen Maßnahmen/Aktivitäten/Initiativen. Das umfangreiche Ergebnis wurde mittels einer online-Landkarte veröffentlicht (www.amg-tirol.at/content/productive-ageing), um einen

Beitrag zur Transparenzsteigerung zu leisten. Über Arbeitsgruppentreffen erfolgt derzeit eine Wissensvertiefung auf FachexpertInnenebene als Vorbereitung einer koordinierten Umsetzung von Angeboten in diesem thematischen Bereich. Auch mit dem Projekt A_LAIFE (Arbeitsbewältigungsfähigkeit: Landecks Integratives Früh-Erkennungs-Netzwerk), dessen Ziel der Erhalt der Arbeitsfähigkeit von „älteren“ ArbeitnehmerInnen ist, werden sowohl ArbeitnehmerInnen als auch deren Unternehmen durch den Einsatz der Instrumentarien Arbeitsbewältigungs-Index und Arbeitsbewältigungs-Coaching unterstützt. Zusätzlich werden in diesem Pilotprojekt Regionsdaten erarbeitet, die den lokalen Stakeholdern die Planung und Umsetzung von zukünftigen Maßnahmen und Aktivitäten ermöglichen sollen.

4. Schwerpunkt Lebensbegleitendes Lernen: Bildungs- und Berufsberatung

Mit der Bildungs- und Berufsberatung Tirol ist es gelungen, ein tirolweites Netzwerk zum Nutzen der Ratsuchenden zu schaffen. Auf der im Rahmen des Paktes entwickelten online-Plattform www.bildungsberatung-tirol.at sind alle in Tirol vorhandenen Bildungs- und Berufsberatungsangebote unter einer Dachmarke abgebildet. Vernetzungstreffen der Anbieter sowie das Eruiieren und Abdecken von Weiterbildungsbedarfen sind ebenso wichtige Themen, um das vielfältige Angebot für Ratsuchende bestmöglich zu koordinieren und zu

	sichern.	
Land Vorarlberg	<p>Förderung niederschwelliger Beschäftigungsprojekte Das Land Vorarlberg und das AMS unterstützen gemeinsam Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte. Dadurch soll Menschen, die von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind bzw. ausgrenzungsgefährdeten Menschen eine möglichst rasche Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden.</p> <p>Besonders hervorzuheben aus der Gesamtheit aller Maßnahmen ist die Finanzierung von niederschwelligen Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen durch das Land Vorarlberg. Zielgruppe dieser Projekte sind vor allem Jugendliche bzw. jugendliche Migranten. Beim Einstieg in das Erwerbsleben sind junge Menschen mit Hürden konfrontiert, die aus Belastungen unterschiedlichster Art, wie Abbruch der schulischen Ausbildung, problematische Familienstrukturen, Armutsverhältnisse und Migrationshintergrund resultieren. Vielfach können diese Benachteiligungen mit Hilfe von arbeitsmarktrelevanten Maßnahmen bearbeitet und in begrenzter Zeit bewältigt werden, damit diese Jugendlichen den Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Eine – nicht vernachlässigbare – Untergruppe kann den Zugang zu diesen spezifischen Hilfestrukturen nicht bewältigen, weil sie die erforderliche Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit nicht mitbringt,</p> <ul style="list-style-type: none"> – weil sie mit ihrem ganz spezifischen Verhalten nur schwer in Ausbildung oder Erwerbsarbeit 	Auf der Grundlage eines umfassenden Monitorings liefern die Träger dem Land Vorarlberg die nötigen Informationen, sodass auch frühzeitig steuernd in den Prozess eingegriffen werden kann. Die Statistiken des Arbeitsmarktes belegen die Erfolge der Maßnahmen.

	<p>integriert werden kann.</p> <p>Die Jugendlichen beteiligen sich freiwillig an den Beschäftigungsprojekten und erfahren darüber durch Mundpropaganda, Vermittlung sozialer Institutionen bzw. der Jugendarbeit der Gemeinden. Es erfolgt keine Zuweisung durch das AMS. Die Jugendlichen werden aber angehalten, sich beim AMS als arbeitssuchend zu melden.</p> <p>In den Projekten Werkstatt Bregenz (Standorte in Bregenz und Lustenau), Job-Ahoi!-Boote und Job-Ahoi!-Design sowie Startbahn Feldkirch und Startbahn Bludenz bekommen diese Jugendlichen die Möglichkeit einer stundenweise Beschäftigung auf Basis des Tagelöhner-Prinzips „sofort arbeiten – sofort Geld verdienen“. Zu den Aufgaben der Beschäftigungsprojekte gehören neben der Anleitung der Jugendlichen bei der Arbeit insbesondere auch die Stabilisierung von deren Lebenssituation, Basiskompetenztraining, Vermittlungsunterstützung sowie die Nachbetreuung auf der Arbeits- oder Ausbildungsstelle. Ergänzend zu diesen Leistungen werden in diesen Projekten von der Projektstelle für Zuwanderung und Integration „okay.zusammen leben“ Sprachkompetenztraining angeboten. Zusätzlich besteht für die Jugendlichen die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss im Projekt Albatros nachzuholen.</p> <p>Die Offene Jugendarbeit Dornbirn hat für ihre Projekte Job Ahoi!-Boote den österreichischen „ESF-Award“ erhalten.</p>	
Österreichischer Städtebund	WerkStadt Bregenz WerkStadt der Integra gem.GmbH Die Integra gem. GmbH hat im Auftrag, der Stadt Bregenz, des Landes Vorarlberg und den	<ul style="list-style-type: none"> • Geringer Zahl der Jugendarbeitslosigkeit • Höhere Anzahl an Lehrabschlüssen

	<p>Gemeinden der Regionalplanungsgemeinschaft das Jugendbeschäftigungsprojekt Bregenz umgesetzt. Gefördert wird das Projekt auch durch das Interreg IV Programm. Bis zu 16 Jugendliche finden in diesem Projekt eine Beschäftigungsmöglichkeit. Sie werden nach dem Tagelöhnerprinzip am Ende der Woche mit 5,- Euro pro Stunde entlohnt, dürfen aber den Grenzwert der Geringfügigkeit nicht überschreiten. Mit der Gartenwerkstatt ist ein weiterer Tätigkeitsbereich dazu gekommen. Mit Aufträgen können Privatpersonen, Vereine und Firmen helfen: handwerkliche Arbeiten und Dienstleistungen wie Transporte, Maler-, Garten- und andere handwerkliche Allroundarbeiten werden gerne übernommen. Für die Stadt Bregenz reinigen und reparieren die Jugendlichen, die täglich mit E-Bikes und Anhänger unterwegs sind, 8 öffentliche Spielplätze. Arbeitssuchende Jugendliche, die mitarbeiten wollen, können sich jederzeit in der WerkStadt melden.</p>	
<p>Österreichischer Städtebund</p>	<p>Lehrlingsoffensive Linz Das seit dem Jahr 2004 laufende Projekt der Lehrlingsoffensive bedarf grundsätzlich einer laufenden Evaluierung und Anpassung der Ausbildungs- und Betreuungsmaßnahmen, um den ständig steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Hinsichtlich der bereits erfolgreich laufenden Unterstützungsangebote wie z.B. intensiver Förderunterricht zur Bewältigung der Anforderungen in der Berufsschule, Betreuung durch Berufs-ausbildungsassistentInnen, spezielle</p>	<p>Jugendliche mit speziellen Bedürfnissen und entsprechend hohem Betreuungsbedarf, sollen durch die intensive Unterstützung und gezielte Förderung im gewählten Lehrberuf mit sehr guten Erfolgen abschließen. Zusätzlich soll die Quote der vorzeitigen Lehrvertragsauflösungen sehr gering gehalten werden allgemeine Zunahme positiver Abschlüsse der Berufsausbildung bei Lehrlingen</p>

	<p>Fachausbildungen und diverse sozialpädagogische Maßnahmen, ist eine Fortsetzung dieser Projekte geplant. Zusätzlich ist jedoch in Zukunft vor allem die Ausweitung spezieller psychosozialer Maßnahmen notwendig und geplant, welche Möglichkeiten eröffnen rechtzeitig auf die persönlichen Bedürfnisse und Probleme der Jugendlichen zu reagieren.</p> <p>Vor allem im Bereich der integrativen Berufsausbildung konnten in den letzten Jahren sehr positive Erfolge erzielt werden. Jugendliche mit speziellen Bedürfnissen und entsprechend hohem Betreuungsbedarf, konnten durch die intensive Unterstützung und gezielte Förderung im gewählten Lehrberuf mit sehr guten Erfolgen abschließen. Zusätzlich konnte durch verschiedenste Maßnahmen die Quote der vorzeitigen Lehrvertragsauflösungen sehr gering gehalten werden und ein Großteil der Jugendlichen kann im Rahmen seiner Ausbildung die Berufsausbildung bei der Stadt Linz positiv beenden</p>	
Die Sozialpartner Österreich	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik Sozialrechtsänderungsgesetz – Reha vor der Pension umgesetzt</p> <p>Durch das SRÄG wurde die befristete Invaliditätspension durch umfassende Rehabilitationsmaßnahmen ersetzt. Die entscheidenden Vorgaben dafür enthielt das Sozialpartnerpapier von Bad Ischl 2011 (Vorschläge zur Anhebung des faktischen Pensionsalters).</p>	
Die Sozialpartner Österreich	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik Pensionskonto</p> <p>Ebenso im Rahmen des „Bad Ischler Dialogs“ 2011</p>	

	<p>wurde die Ersetzung der Parallelrechnung durch Kontoerstgutschrift (Pensionskonto) angestrebt. Dies wurde mit dem Stabilitätsgesetz der Bundesregierung gesetzlich verankert. Mit dem Pensionskonto werden Transparenz, Übersichtlichkeit und dadurch Anreizfunktion für einen späteren Pensionsantritt gefördert. Noch ausständig ist die Umsetzung der im Sozialpartnerpapier vereinbarten Maßnahmen zur Aufwertung betrieblicher Prävention und des Bonus-Malus-Systems.</p>	
Die Sozialpartner Österreich	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik Arbeitskräfteüberlassungsgesetz – Umsetzung der Leiharbeits-RL Die Umsetzung der Leiharbeits-RL ist zum allergrößten Teil Ergebnis intensiver Sozialpartnerverhandlungen</p>	
Wirtschaftskammer Österreich	<p>PROFITNESS – gesunde MitarbeiterInnen, gesunde Unternehmen Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) hat mir mehreren Kooperationspartnern (SVA, AUVA, Sportunion, PVA) die Initiative „proFITNESS: Gesunde MitarbeiterInnen – gesundes Unternehmen“ ins Leben gerufen, um KMUs bei der Ergreifung von Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung zu unterstützen und ihnen einen Überblick über die bestehenden Angebote zu geben. Zielsetzung von „proFITNESS“ ist es ein Dach über alle schon derzeit bestehenden Initiativen und Maßnahmen zu bilden und die Vorteile der betrieblichen Gesundheitsförderung für kleine und mittlere Betriebe herauszuarbeiten. Auch Sozialversicherungen, Sportvereine und sonstige Anbieter sollen dabei aktiv eingebunden werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Arbeitsmarktteilnahme älterer ArbeitnehmerInnen • Bessere Bewältigung des demographischen Wandels durch Unternehmen und MitarbeiterInnen • Erhöhung der Anzahl der KMU, die gesundheitsfördernde Maßnahmen ausführen • Etablierung von betrieblicher Gesundheitsförderung als Unternehmenskultur

<p>Wirtschaftskammer Österreich</p>	<p>Weitere Informationen: www.profitnessaustria.at</p> <p>Führungskräfteprogramm „Zukunft.Frauen“ Die WKÖ hat gemeinsam mit dem BMWFJ und der IV das Führungskräfteprogramm „Zukunft.Frauen“ ins Leben gerufen. Zielgruppe des Programms sind Frauen, die auf dem Weg ins Top-Management, in den Vorstand oder in den Aufsichtsrat, sind. Das Programm ist berufsbegleitend konzipiert. Die im Rahmen des Programms angebotenen Workshops haben die Schwerpunkte Unternehmensführung, Personalmanagement und Aufsichtsratsstätigkeit, aber auch Soft Skills. Parallel zu den Modulen finden Vernetzungsmöglichkeiten mittels Kamingsgesprächen mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis statt. Ein wesentlicher Bestandteil der Maßnahme ist die Etablierung einer öffentlich zugänglichen Datenbank mit hochqualifizierten KandidatInnen für Aufsichtsratsfunktionen. Damit werden zum einen die AbsolventInnen von „Zukunft.Frauen“ als Kandidatinnen für Aufsichtsratsfunktionen sichtbar gemacht. Zum anderen können sich auch Frauen, die bereits Aufsichtsratsmandate innehaben, ebenfalls in dieser Datenbank registrieren. Die Suche nach hochqualifizierten Kandidatinnen für Aufsichtsratsfunktionen wird somit vereinfacht und erleichtert. Weitere Informationen: www.zukunft-frauen.at</p>	<ul style="list-style-type: none"> • qualifizierte Frauen auf Management- und Aufsichtsratspositionen vorzubereiten • Hebung des Frauenanteils an der Spitze österreichischer Unternehmen in führenden Management-, Vorstands- und Aufsichtsratspositionen • stärkeres Bewusstsein für die Schaffung von Rahmenbedingungen für Frauen in Unternehmen (z.B. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf) aufgrund des höheren Frauenanteils in Führungspositionen Frauenförderungsmaßnahmen in Unternehmen, die Frauen dabei unterstützen, in operative Führungspositionen zu kommen (mittleres und höheres Management)
<p>Wirtschaftskammer Österreich</p>	<p>Mentoring für MigrantInnen Im Rahmen des Projekts „Mentoring für MigrantInnen“, das auf Initiative der</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsmarkteingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund Unternehmen profitieren auf mehreren Ebenen

	<p>Wirtschaftskammern Österreichs (WKO) gemeinsam mit den Projektpartnern Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) und Arbeitsmarktservice (AMS) im Jahr 2008 ins Leben gerufen wurde, unterstützen erfolgreiche Führungspersonen aus der Wirtschaft (Mentorinnen und Mentoren) qualifizierte Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund (Mentees) bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Weitere Informationen :http://wko.at/mentoring</p>	<p>vom Mentoring-Projekt: Neben der Förderung der Internationalisierungsaktivitäten und interkulturellen Kompetenzen gewinnen sie ua Zugang zu qualifizierten potenziellen MitarbeiterInnen und erhalten Informationen über MigrantInnen als Zielgruppe für das Unternehmen.</p>
R&D target 3,76% of GDP		
Land Niederösterreich	<p>Cluster & Netzwerke Niederösterreich Leitinitiative(n):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Innovationsunion – Ressourcenschonendes Europa – Integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung <p>Das (im niederösterreichischen RWB-Programm EU-kofinanzierte) Programm Cluster Niederösterreich 2007-2013 setzt sich aus folgenden Clusterinitiativen zusammen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bau.Energie.Umwelt Cluster Niederösterreich – Lebensmittel Cluster Niederösterreich – Logistik Cluster Niederösterreich – Kunststoff Cluster – Mechatronik Cluster – e-mobil in Niederösterreich <p>Die Cluster in Niederösterreich bilden mit dem Programm Technopole eine zentrale Schnittstelle in Niederösterreich zwischen Wirtschaft und F&E-Einrichtungen sowie lokalen, nationalen und supranationalen Verwaltungen und Fördergebern. Besonders im Bau.Energie.Umwelt Cluster NÖ, der seit 2001 (aus einer Fusion des Holz- und des</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Schaffung von lokalen und regionalen Unternehmensnetzwerken – Verstärkter Zugang und Investition in F&E vor allem für KMU – Initiierung und Begleitung von innovativen wirtschaftsorientierten Kooperationsprojekten sowohl für KMU als auch für Leitbetriebe – Erhöhung der innerbetrieblichen Qualifizierung für Mitarbeiter und Führungskräfte – Verstärkter Zugang zum Thema Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Ressourcenschonung – Positionierung neuer Themenbereiche für die Wirtschaft (z.B. Biokunststoffe, energieeffizienter Neubau, nachhaltige (Bio-)Lebensmittel) <p>Das Programm Cluster Niederösterreich ist in die kontinuierliche BSC (Balanced Score Card) der Wirtschaftspolitischen Ziele bis 2013 des Landes Niederösterreich eingebunden und integrativer Bestandteil. Darüber hinaus finden regelmäßige externe Evaluierungen statt (z.B. jährliche Unternehmerbefragungen).</p>

	<p>Ökobau-Clusters NÖ entstanden) in Umsetzung ist, wurde einerseits ein materialunabhängiger Cluster geschaffen; zum anderen wurde dem auch auf politischer Ebene eingeschlagene Weg des nachhaltigen und ressourcenschonenden Neubaus sowie der energieeffizienten Sanierung Rechnung getragen.</p> <p>In der nächsten Programmplanungsperiode 2014-2020 sollen die vorhandenen Clusterinitiativen weiter ausgebaut und gefestigt sowie – sofern sinnvoll – durch neue Themen ergänzt werden. Die wesentlichen Zielsetzungen werden im Hinblick auf Europa 2020 auch für eine Planungsperiode nach 2013 unverändert bleiben, wobei das Thema F&E noch zusätzlich verstärkt und auch die Zusammenarbeit mit nationalen bzw. supranationalen Clusterinitiativen ausgebaut werden soll.</p>	
<p>Land Niederösterreich</p>	<p>Technopolprogramm Niederösterreich Leitinitiative(n)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Innovationsunion – z.T. Integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – z.T. Ressourcenschonendes Europa <p>Seit dem Jahr 2000 wird das Technologiekonzept Niederösterreich umgesetzt. Neben dem hier beschriebenen Technopolgedanken wurden Leuchtturmprojekte wie z.B. MedAustron Wr. Neustadt, Institute of Science Technology Austria (IST Austria) und das Universitäts- und Forschungszentrum am Technopol Tulln initiiert und umgesetzt. Durch diese und viele andere Projekte positioniert sich Niederösterreich als moderner Technologie- und Wirtschaftsstandort. Das Technopolprogramm ist vorerst bis 2013 durch</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Auf- und Ausbau sowie Stärkung von identifizierten Technologiefeldern an den ausgewählten Technopolstandorten in Niederösterreich. – Stärkung und Positionierung der Technopole und des Technologiestandortes Niederösterreich im nationalen und internationalen Kontext. – Erleichterung und Unterstützung von Kooperationen mit Schwerpunkt auf strategischen Partnerschaften der FTE mit der Wirtschaft an den Technopolstandorten in Niederösterreich. – Unterstützung und Begleitung der Projektträger in der Vorprojektphase und bei der Projektentwicklung; aber auch im Sinne eines durchgängigen Technologietransfers bei der

	<p>das Land Niederösterreich bewilligt und wird von ecoplus an den 3 Technopolstandorten Krems, Tulln und Wiener Neustadt umgesetzt. Weitere Standorte werden evaluiert. Das Technopolprogramm Niederösterreich wird zu 50% aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung EU kofinanziert. Technopole sind Standorte, an denen 4 Eigenschaften vorhanden sein müssen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.. Eine kritische Masse von F&E-Einrichtungen, die zu einem oder mehreren Schwerpunkten Forschungen durchführen und eine entsprechende Infrastruktur dafür aufgebaut haben 2.. Weiters ist der unmittelbare örtliche Bezug zur universitären Ausbildung wesentlich, um die Forschung mit der Lehre zu verbinden 3.. Kompetente Unternehmen als F&E-Nachfrager und zur Verwertung des generierten Know-hows am nationalen und internationalen Markt und 4.. Betriebsansiedelungsflächen in unmittelbarer Nähe der Forschungseinrichtungen <p>Ergänzend zu dieser „Soft-Maßnahme“ erfolgt der gezielte, nachfrageorientierte Ausbau hochqualifizierter Forschungsinfrastruktur an den Technopolstandorten. Für den Zeitraum 2007-2013 sind insgesamt rund 20 Millionen Euro Fördermittel zur Errichtung bzw. Erweiterung der Technologiezentren budgetiert; rund 50% davon werden mit EFRE-Mitteln der EU kofinanziert.</p>	<p>Projektumsetzung und Nachbereitung.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Steigerung der Kooperation zwischen Forschungs-, und Ausbildungseinrichtungen und der Wirtschaft. <p>Das Technopolprogramm Niederösterreich ist in die kontinuierliche BSC (Balanced Score Card) der wirtschaftspolitischen Ziele bis 2013 des Landes Niederösterreich eingebunden und integrativer Bestandteil.</p> <p>Die positiven Auswirkungen für Niederösterreich wurden auch in einer Studie „Die Umwegrentabilität von Technopolen in Niederösterreich“ von Dr. Christian Helmenstein (2010) erhoben.</p>
Land Niederösterreich	Niederösterreichischer FTI-Strategieprozess Forschung, Technologie und Innovation stellen die entscheidenden Zukunftsweichen für die Wahrung von Lebensqualität in gesellschaftlich-politischer,	

ökologischer und kultureller Hinsicht, von Wohlstand und Sicherheit sowie zur Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit – und damit von Wachstum und Beschäftigung – dar. Gegenwärtig wird unter Berücksichtigung von nationalen und europäischen Forschungs- und Innovationsaktivitäten im Rahmen eines zweistufigen Prozesses eine FTI-Strategie für Niederösterreich entwickelt. Im ersten Teil (2012) wurden Ziele, Grundsätze und Optionen erarbeitet; Teil 2 (2013) sieht auf dieser Basis die Entwicklung konkreter Strategien und Maßnahmen vor. Im Zentrum der Aktivitäten stehen die gesellschaftlich und wirtschaftlich relevante Weiterentwicklung der Bildungsstrukturen, die technologische Entwicklung und die Förderung der Innovationsfähigkeit in Niederösterreich mit Planungshorizont 2014 bis 2020.

Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften (KLPU)

Eine Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften soll das Angebot am Campus Krems sinnvoll ergänzen. Das Land Niederösterreich reagiert auf den europaweit steigenden Bedarf an interdisziplinär geschulten Fachkräften im Gesundheitsbereich: Auf Basis eines integrativen Ansatzes soll eine neue Generation von Ärztinnen und Ärzten, Gesundheitswissenschaftlerinnen und –wissenschaftlern ausgebildet werden. Mit der Errichtung der geplanten Privatuniversität werden die gesundheitspolitisch entscheidenden Schlüsselfelder Humanmedizin, Neurorehabilitationswissenschaften sowie

Psychotherapie- und Beratungswissenschaften auf internationalem Qualitätsniveau unter ein gemeinsames verbindendes Dach der Gesundheitswissenschaften gebracht.

Institute of Science and Technology Austria (IST Austria)

Das IST Austria, eine wissenschaftliche Spitzeninstitution ist im kompetitiven Wettbewerb zu einer der erfolgreichsten Forschungsorganisationen in Europa geworden. Es konnten mit Thomas Henzinger (Computerwissenschaften), Peter Jonas (Neuronenforschung), Nick Barton (Evolutionforscher) Weltklasseforscher nach Niederösterreich geholt werden. Viele Jungforscherinnen und –forscher folgen nun diesem Beispiel und wurden ihrerseits bereits mit zahlreichen Auszeichnungen (beispielsweise ECR) dekoriert.

Wissenschaft[f]t Neugierde

Die Abteilung Wissenschaft und Forschung öffnet wissenschaftliche Disziplinen für eine breite Öffentlichkeit, um Neugierde zu schaffen. Speziell im Kinder- und Jugendbereich gilt es hier anzusetzen.

Schwerpunkte: Der „Marktplatz der Wissenschaft[f]t“, welcher mehrmals jährlich an verschiedenen Standorten stattfindet, stellt die niederösterreichischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Form von spannenden Hands-On-Experimenten und Vorträgen vor. Das Besondere daran ist, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst die Stände betreuen und so

ein direkter Dialog zwischen Jugend und Forschung ermöglicht wird. Auch im Bereich der Erwachsenen werden mit Publikationen wie „Land schaf[f]t Wissen – Leben und Forschen in Niederösterreich“, dem Science Talk auf ORF III oder der Wissenschaftsgala wichtige Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung geleistet.

Der niederösterreichische Masterplan für Naturwissenschaft und Technik ist ein Pilotprojekt zur Forcierung naturwissenschaftlich-technischer Ausbildungen. Dieses umfasst Informationsinitiativen (Berufsorientierung, Bildungsberatung), Maßnahmen zur Steigerung von Neugier und Interesse bei Schülerinnen und Schülern von den Volksschulen bis zur Oberstufe höherer Schulen (Unterrichtsmaterialien, Forschungsprojekte), Initiativen zum Kennenlernen konkreter Berufsmöglichkeiten (Vorträge, Exkursionen) sowie Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen (Kindergärten bis Sekundarstufe II).

Wissenschaftsbericht

Im Jahr 2012 ist unter der Federführung der Abteilung Wissenschaft und Forschung erstmals ein Wissenschaftsbericht für das Land Niederösterreich entstanden. Dieser zeigt die Dichte an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die Universitäten und Hochschulen sowie das damit verbundene wissenschaftliche Potenzial des Landes Niederösterreich. Hauptaugenmerk sind Informationen zu den Einrichtungen sowie ein umfangreiches Zahlen-, Daten- und Faktenmaterial, welches im Sinne einer Wissensbilanz erfragt, aufbereitet und präsentiert wird. Weitere Inhalte

	und Schwerpunkte des Wissenschaftsberichts sind der Technologiebericht mit „best practice“-Beispielen aus der Wirtschaft und themenspezifische Initiativen, Meilensteine und Projekte.	
Land Kärnten	KWF Technologietransfer-Initiative Ziel ist die Stärkung und der Ausbau der Zusammenarbeit von Unternehmen mit Universitäten und Forschungsinstitutionen unter Einbindung der geeigneten Förderstellen. Unternehmen und Forschungseinrichtungen erhalten Beratung und Zugang zu Fördermitteln und werden somit motiviert und unterstützt, F&E-Projekte – in Kooperation oder alleine – zu initiieren, aufzusetzen und durchzuführen. Im Rahmen der KWF-Technologietransfer-Initiative konnten bisher 150 Unternehmen mit Forschungseinrichtungen in Kontakt gebracht werden.	Nachhaltige Erhöhung der Qualität und Quantität von F&E-Projekten in Kärnten.
Land Kärnten	Innovationsassistent Unterstützung von Unternehmen bei der Umsetzung von Innovationsprojekten: Die Ausbildung der Innovationsassistentinnen bzw. –assistenten wird in Kärnten bereits zum neunten Mal umgesetzt. Zusätzlich gibt es ein Vertiefungsangebot in Form des „Innovationsforums Kärnten“, welches den teilhabenden Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam mit besonders innovativen Unternehmen Leitlinien und Konzepte zu erarbeiten. Mittlerweile nahmen fast 100 Assistentinnen und Assistenten an diesem Ausbildungsprogramm teil und bilden somit ein beachtliches Netzwerk an	Unterstützung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Durchführung von konkreten Investitionsvorhaben.

	<p>betrieblicher F&E-Kompetenz, das durch regelmäßige Come-Together-Veranstaltungen zusätzlich gefördert wird. Innovationsassistentinnen und –assistenten werden vom Unternehmen angestellt, arbeiten direkt im Betrieb und nehmen an Gruppen- und Coaching-Programmen teil. Sie sind Bindeglied zwischen F&E-, Technologietransfer- und Investitionsprojekten.</p>	
Land Oberösterreich	<p>Ausbau der Grundlagenforschung an der Johannes Kepler Universität (JKU) – Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät Im Vordergrund stehen die Stärkung der Grundlagenforschung und der Ausbau der Johannes Kepler Universität im Bereich der TNF. Dies hat für Oberösterreich als Industrie- und Exportbundesland eine besondere Bedeutung. Zudem sollen bereits bestehende Kooperationen mit der Wirtschaft in Lehre und Forschung nachhaltig sichergestellt werden. Die Maßnahmen sollen die Attraktivität der JKU für in- und ausländischer Forscherinnen und Forscher erhöhen und damit hochqualifizierte Forschungsarbeitsplätze schaffen. Damit ist auch eine Steigerung der internationalen Sichtbarkeit der Forschungsleistung der JKU in den Kernkompetenzen zu erwarten. Folgende Maßnahmen wurden/werden gesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausbau Polymerchemie an der JKU (Borealis I), 3,503 Millionen Euro: Gründung eines Instituts sowie Neuausrichtung und Ausbau von drei weiteren Instituten. – Ausbau Kunststofftechnik an der JKU (Borealis II), 4,2 Millionen Euro: Zur Erreichung des Zieles den Kunststoffstandort Oberösterreich auszubauen und zu sichern werden in diesem Zusammenhang 4 Institute gegründet. 	<p>Erhöhung der Zahl der in- und ausländischen Forscherinnen und Forscher, Erhöhung der Anzahl und Qualität der Publikationen als Indikator für die Forschungsleistung der JKU.</p>

- Ausbau Katalyse an der JKU Förderhöhe noch offen, Plan 5,0 Millionen Euro: Etablierung eines Katalysezentrums durch Borealis in Linz, welches wiederum in Zusammenhang mit der Entwicklung des Kunststoffstandortes Oberösterreich steht.
- Ausbau des Zentrums für Oberflächen und Nanoanalytik JKU/Ind. 2,0 Millionen Euro: ZONA wurde als interdisziplinäres Institut 2008 an der JKU installiert, um im Wesentlichen den Fachbereichen Physik und Chemie für die Grundlagenforschung moderne nanoanalytische Messverfahren zur Verfügung zu stellen und auch dieselben Messgeräte und Methoden der (ober)österreichischen Industrie zugänglich zu machen. ZONA agiert somit als Schnittstelle zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung.
- Ausbau Mechatronik an der JKU, 3,0 Millionen Euro: Es werden 2 neue Institute gegründet.
- Life Science – Gruberstraße 2,215 Millionen Euro: Die eingerichteten Lehrstühle sollen synergetisch im Bereich der Medizintechnik und der Medizinmechatronik genützt werden.
- Etablierung RICAM an der JKU 3,127 Millionen Euro: Das Johann Radon Institute for Computational and Applied Mathematics betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Angewandten Mathematik.
- Ausbau Informationselektronik 3,4 Millionen Euro: Ausstattung von zwei Instituten: Institut für Hochfrequenzsysteme und Institut für Signalverarbeitung. Darüber hinaus sollen weitere Investitionen in den Institutsverband

	<p>vorgenommen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Studiengang Medizinmechatronik/Medizintechnik 750.000 Euro: Gründung zweier Institute zur Abdeckung des Forschungsbedarfs in der medizinisch-technischen Industrie. – Institut für organische Solarzellen 1,25 Millionen Euro: Berufungsabwehr für bessere Infrastruktur und Ausstattung. 	
<p>Land Steiermark</p>	<p>Human Technology Interface (HTI) – 2011 Die „Forschungsstrategie Steiermark 2005 plus“ deklarierte den Bereich „Humantechnologie“ als wissenschaftliches Stärkefeld des Standortes Steiermark. Darüber hinaus stellt dieser Themenkomplex eines der zukunftssträchigsten und wirtschaftspolitischen Stärkefelder des Landes dar. Im Themenfeld agieren – auf Basis einer stark entwickelten, regionalen Wissensbasis – innovative KMU genauso wie weltweit tätige Konzerne. Damit die Forschungsbasis auch weiterhin den notwendigen wissenschaftlichen Input für die in der Steiermark angesiedelten Unternehmen leisten kann, wurde das Förderprogramm „Human Technology Interface“ (Schnittstelle Mensch-Technik) beschlossen. Folgende Ziele werden verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Forcierung und Strukturierung des Stärkefeldes „Humantechnologie“ • Unterstützung bestehender und Entwicklung neuer themenspezifischer Aktivitäten, • Kooperation mit bestehenden Forschungsnetzwerken, • Verbesserung der Schnittstelle Forschung – Wirtschaft sowie 	<p>Die wissenschaftliche Expertise der steirischen Hochschulen (in der Steiermark sind 5 Universitäten sowie 2 Fachhochschulen angesiedelt) sowie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Querschnittsmaterie „Mensch-Technik“ soll gestärkt und abgesichert werden. Im Rahmen der Ausschreibung konnten 12 Projekte mit einem Betrag von 813.000 Euro gefördert werden (Projektvolumen insgesamt rund 1,2 Mio. Euro).</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Forcierung des wissenschaftlichen Diskurses und Initiierung und Entwicklung von interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungsprojekten. 	
Land Steiermark	<p>HTI:SMApp (HTI:Sensor for Medical Application) – 2012</p> <p>In Anlehnung an die Ausschreibung „Human Technology Interface“ wurde im Jahr 2012 aus der Überzeugung heraus, dass der gebündelte Mitteleinsatz den größten Output liefert und um das wissenschaftliche Know-how und die Kooperation der universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Spezialgebiet der medizinischen Sensorik zu stärken, die Ausschreibung „HTI:SMApp“ gestartet. Neben den allgemeinen Zielen des Landes Steiermark im Bereich der Humantechnologie (siehe Beschreibung „HTI“ oben) wurden folgende speziellen Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung des strategischen Auf- und Ausbaus des wissenschaftlichen Know-hows, um die Forschungsergebnisse rasch in neue technische und marktfähige Lösungen umzuwandeln. • Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen VertreterInnen der medizinischen und der technischen Disziplinen (⇔ vor allem der Großraum Graz soll noch stärker als Kompetenzdrehscheibe im Bereich der medizinischen Sensorik etabliert werden). <p>Förderschwerpunkte waren insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ambient Assisted Living/Rehabilitation • medizinisch-chemische Sensorik 	<p>Das bereits im Rahmen der Ausschreibung „HTI“ aufgebaute Know-how soll weiter für die Steiermark gesichert und weiter ausgebaut werden. Gefördert werden konnten 6 Projekte (Gesamtförderung: 1,01 Mio. Euro) mit einem Projektvolumen von insgesamt rund 1,14 Mio. Euro.</p>
Land Steiermark	<p>Zukunftsfonds Steiermark: Exciting Science (und Soziale Innovation)</p> <p>Der Zukunftsfonds Steiermark wurde 2001 mit dem</p>	<p>Die Steiermark gehört mit einer F&E-Quote größer 4% bereits zu den Top-Forschungsregionen innerhalb der EU und liegt mit deutlichem Abstand</p>

Ziel eingerichtet, innovative und zukunftsweisende Projekte zu fördern, um den Standort Steiermark zu stärken und auf die europäischen und globalen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte vorzubereiten. Die thematische Fokussierung auf die Bereiche Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft, Technologie, Qualifikation, Jugend sowie Kunst und Kultur setzt Impulse für eine zukunftssträchtige Steiermark.

Die Ausschreibung 2012 stand unter dem Thema „Exciting Science (und Soziale Innovation)“. Als Ziele der Ausschreibung können genannt werden:

- Neugier für Forschung und Technologie in der Gesellschaft schaffen,
- bewusstseinsbildende Maßnahmen und Qualifizierungsvorhaben verstärken,
- Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an Wissenschaft und Technik steigern,
- Zugangsbarrieren abbauen sowie
- soziale Fantasie anregen.

Darüber hinaus hat der Forschungsrat Steiermark im Herbst 2011 der Steiermärkischen Landesregierung eine Studie und Empfehlung im Bereich „Soziale Innovation“ vorgestellt. Sozialen Innovationen kommen im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung eine ebenso wichtige Rolle zu wie technologischen und wissenschaftlichen Erfindungen; sind diese doch zunehmend auch bei der Umsetzung zentraler technischer Innovationen notwendig – im Sinne von nachhaltigen gesellschaftlich verantwortbaren Problemlösungen. Dabei handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen, neu ist vielmehr die strategische Fokussierung in jüngster

an der Spitze der österreichischen Bundesländer. Um diesen Vorsprung im Bereich FTI nicht nur zu halten sondern weiter auszubauen, investiert das Land Steiermark weiterhin gezielt in Forschung und Entwicklung. Daneben soll – so ein Ziel der Ausschreibung – Bewusstsein für den Bereich „Wissenschaft und Forschung“ aufgebaut sowie Kinder und Jugendlichen (Stichwort: MINT bzw. Mädchen und Technik) dieser Themenbereich als zukünftiges Beschäftigungsfeld aufgezeigt werden. Alle geförderten Projekte weisen zum einen hohen wissenschaftlichen Wert auf und zum anderen sind sie als Investition in die Zukunft zu sehen. Die Ausschreibung „Exciting Science“ ist mit insgesamt 1,0 Mio. Euro dotiert.

	<p>Zeit.</p> <p>Durch diese enge Verbindung von technischen und sozialen Innovationen entwickelt sich ein neues Innovationsparadigma.</p> <p>Beispiele für Aktivitäten, die in dieses Themenfeld fallen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projekte im Bereich von Jugend & Informationstechnologien • Mädchen & Technik • Projekte, die Anreize für die allgemeine Befassung mit naturwissenschaftlich-technischen Fächern und Problemen setzen • Projekte, welche die in Zukunft erforderlichen, „sozialen Innovationen“ hervorbringen oder anregen, fördern oder entwickeln • Studien zur Analyse und Untersuchung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemstellungen • Probebetrieb von Vernetzungsplattformen im Bereich Sozialer Innovationen • Ideen für Qualifizierungsangebote zur Stärkung sozialer Kompetenzen, insbesondere unter Einbindung technischer Studiengänge und im Hinblick auf die Förderung von Interdisziplinarität. 	
<p>Land Steiermark</p>	<p>Strategie des Landes Steiermark zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (FOSTRA)</p> <p>Die „Forschungsstrategie Steiermark 2005 plus“ wurde einer umfassenden Evaluierung durch die JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH unterzogen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Strategie umfassend zu überarbeiten. Dies geschah insbesondere im Rahmen von Einzelgesprächen mit Mitgliedern der Forschungscommunity, Workshops mit den</p>	<p>Von der neuen FOSTRA erwartet sich die Steiermark einen noch stärker auf Output gerichteten Mitteleinsatz. Darüber hinaus wurden damit klare Förderschwerpunkt definiert, die insgesamt dazu beitragen werden, dass die Steiermark ihre Top F&E-Quote weiter ausbauen kann.</p>

Stakeholdern sowie dem Einbeziehen von Hochschulkonferenz und Forschungsrat Steiermark im Rahmen von Feedbackschleifen.

Das Ergebnis dieser ersten Runde war ein umfassender Katalog von Stärken und Schwächen der Steiermark im Bereich „Wissenschaft und Forschung“. So wurde positiv hervorgehoben, dass die steirischen Hochschulen beinahe den gesamten Fächerkanon abdecken. In der Steiermark wird die gesamte Innovationkette von Grundlagenforschung bis zur Produktentwicklung geboten und es existiert eine hohe Kooperationskultur (es wird wesentlich mehr und enger zusammengearbeitet als in anderen Bundesländern). Auf der anderen Seite verlässt die Hochschulen aber zu wenig MINT-Nachwuchs und der Bereich „Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften“ ist bislang nicht systematisch in die Forschungslandschaft eingebunden und der Bereich Wissenschaft und Forschung weist nach wie vor eine zu geringe Bedeutung in der Gesellschaft auf.

Auf Grundlage der Evaluierung, den Workshops und Gesprächen haben sich folgende Kernelemente einer neuen FOISTRA herauskristallisiert:

- **Interdisziplinarität und Kooperation** stellen DIE Besonderheit des Standortes dar und sollen ausgebaut werden
- **ForscherInnen am Beginn ihrer Karriere** haben einen höheren Bedarf an Unterstützung als bereits etablierte WissenschaftlerInnen und bringen innovative Ideen ein
- **regional wirksam – international bedeutsam;** Förderungen durch das Land Steiermark MÜSSEN Standortrelevanz und hohe Qualität haben, dh auch international bedeutsam sein

	<ul style="list-style-type: none"> • Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften haben besonderes Entwicklungspotenzial; sie haben es allerdings schwer, Mittel aus der Wirtschaft zu lukrieren und sollen in Zukunft stärker gefördert werden <p>Insgesamt wird das Förderwesen des Referates Wissenschaft und Forschung mit dem Beschluss der FOSTRA noch gezielter auf themenbezogene Ausschreibungen umgestellt.</p>	
<p>Land Wien</p>	<p>Wiener Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (Wiener FTI-Strategie) Strategisches Ziel der FTI-Strategie ist, die Position Wiens als bedeutenden zentraleuropäischen Forschungs- und Innovationsstandort zu festigen und auszubauen. In fünf Handlungsfeldern werden Antworten auf die zentralen Herausforderungen für den FTI-Standort Wien mit Perspektive bis zum Jahr 2015 gegeben. 2012 wurden unter anderen folgende Umsetzungsschritte gesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das „Vienna International Postdoctoral Program“ (VIPS) für Postdocs bietet JungforscherInnen im Bereich der Lebenswissenschaften einen Drei-Jahres-Vertrag und zusätzlich ein unabhängiges Forschungsbudget. Dadurch haben sie Raum für unabhängige, eigene Forschungsideen. • Die Initiative „WienWin“ sammelt Innovationen aus Wien und präsentiert sie VertreterInnen des Magistrats sowie der Unternehmungen der Stadt Wien, um innovative Vergaben zu fördern. <p>Der WWTF fördert „Vienna Research Groups for</p>	<p>Erhöhung der Wiener F&E-Quote, Ausbau der Position Wiens als bedeutender zentraleuropäischer Forschungs- und Innovationsstandort.</p>

	<p>Young Investigators“:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Schwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologien ebenso wie Call-Projekte im Rahmen des “Wiener Impulsprogramms für Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften”. <p>Der wichtigste Bezug zur nationalen Ebene ergibt sich aus dem vom Bund verfolgten Ziel einer Steigerung der Forschungsquote (Anteil am BIP) auf 3,76% bis 2020. Nähere Informationen unter http://www.wiendenktzukunft.at/de.home.html</p>	
<p>Wirtschaftskammer Österreich</p>	<p>creativ wirtschaft austria (Arbeitsgemeinschaft Kreativwirtschaft) / Umsetzungspartner in der Initiative evolve des BMWFJ</p> <p>Die creativ wirtschaft austria nimmt als Plattform die Interessen der österreichischen Kreativwirtschaft wahr - sowohl national, auf europäischer Ebene als auch international. Sie setzt sich für die Entwicklung der österreichischen Kreativwirtschaft ein und schafft Verknüpfungen mit anderen Branchen. Die Aktivitäten umfassen drei Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Kompetenzausbau</i> - Die creativ wirtschaft austria unterstützt den wirtschaftlichen Erfolg der Kreativen durch konkrete Serviceleistungen und Vernetzung von Unternehmen und Intermediären. • <i>Interessenvertretung</i> - Die creativ wirtschaft austria vertritt die Interessen der Kreativwirtschaft und setzt sich für günstige Rahmenbedingungen ein. • <i>Infos und Awareness</i> - Die creativ wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschöpfung des Innovationspotenzials der Kreativwirtschaft auszuschöpfen, um die Innovationsentwicklung Österreichs weiter zu erhöhen • Ausbau des Beitrags der Kreativwirtschaft zur Wettbewerbsfähigkeit anderer Branchen <p>Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung innerhalb der Kreativwirtschaft</p>

	<p>austria versteht sich als Wissensdrehscheibe, gibt Studien in Auftrag und erhöht die Sichtbarkeit der Leistungen der Kreativwirtschaft.</p> <p>Weitere Informationen: www.creativwirtschaft.at</p>	
GHG emission reduction target -16% compared to 2005		
Land Salzburg	<p>Salzburg 2050 – Energieautonom, Klimaneutral und Nachhaltig</p> <p>Umsetzung des Maßnahmenprogramms der Stufe 1: Zeitlich begrenzter Sanierungszuschuss für thermisch ineffiziente Wohngebäude, Ertüchtigung aller Heizungssysteme für Gebäude im Landeseinfluss, Abstimmung und Ausweitung der Heizungstauschförderung, HeizungsCHECK+ für Wohngebäude, Wärmepumpenförderung und -qualitätssicherung, energetische Optimierung von Wasserkraftwerken, PV alternativ zu thermischen Solaranlagen bei Fernwärmeversorgung, Solarkampagne, Landesgebäude zur regenerativen Stromerzeugung, rechtliche Grundlagenschaffung für den Ausbau erneuerbarer Energien im Land, Aufbau und Unterstützung von „Biomassehöfen“, Holzmobilisierung, Baulandausweisung in Gunstzellen der Raumordnung, Radverkehrsoffensive, Anreize für alternative Antriebe durch verbesserte Förderbedingungen, klimaeffiziente Dienstfahrzeuge, Telearbeit im Landesdienst, erhöhte Förderung der eMobilität bei zusätzlicher Schaffung von PV-Kapazitäten, Ausweitung e5-Programm, Landesförderprüfung auf klimaadverse Förderungen, Einrichtung einer strategischen Beschaffungssteuerung des Landes</p>	<p>Zwischenziel 2020: Minus 30% Treibhausgase, plus 50% erneuerbare Energien, bilanziell 100%ige Versorgung der Landesgebäude durch Fernwärme und/oder erneuerbare Energieträger; Ergebnisse der Maßnahmen-Evaluierung der Stufe 1 im Mai 2013.</p>

	Salzburg.	
Land Oberösterreich	<p>Programm Klimarettung</p> <p>Ziel der im Jahr 2002 gestarteten Kampagne „Klimarettung“ ist vor allem die Vernetzung der verschiedenen Zielgruppen untereinander. Eine wichtige Rolle spielen die Klimarettungspartner. Das sind in klimarelevanten Branchen tätige Unternehmen, Organisationen und Unterstützer, mit denen die Klimarettung individuelle Vereinbarungen zur Beteiligung am Programm trifft. Die Klimarettung arbeitet eng mit dem oberösterreichischen Klimabündnis zusammen. Schulen, Gemeinden und Betriebe im oberösterreichischen Klimabündnis sind in der „Klimaretter-Familie“ integriert und können Netzwerk- und Kooperationsmöglichkeiten nutzen. Neben Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten bietet die Klimarettung verschiedene Anreize zum Mitmachen, zum Beispiel Förderungen für oberösterreichische Klimabündnisgemeinden, Geld- und Sachpreise für Haushalte, die ihre Haushaltsklimabilanz ausfüllen, Urkunden für Klimarettungspartner und Beratungsleistungen.</p>	Der Erfolg der Maßnahmen wird in erster Linie über die Anzahl der beteiligten Partner gemessen. Für spezielle Bereiche wird der Umwelteffekt berechnet (Betriebeberatungen).
Land Steiermark	<p>Klimaschutzplan Steiermark 2010</p> <p>Der Klimaschutzplan Steiermark 2010 ist das sichtbare Ergebnis eines politikbegleitenden Dialogs, mit dem für das Land Steiermark die für ein klimagerechtes und zukunftsfähiges Gesellschafts-, Wirtschafts- und Energiesystem erforderlichen Maßnahmen identifiziert und konsensfähig gemacht werden. Mittels 270 Einzelmaßnahmen sollen bis 2020 die unionsrechtlichen Klimaziele auch auf regionaler Ebene erreicht werden. Für die Steiermark betrifft</p>	Reduktion der Treibhausgasemissionen im Nicht-Emissionshandelsbereich um 16% bis 2020.

	dies u.a. den Nicht-Emissionshandelsbereich in den laut Klimaschutzplan beschriebenen Sektoren Mobilität, Gebäude, Energie, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Abfallwirtschaft und Klimastil.	
Land Wien	<p>Klimaschutz Stadt Wien – Smart City Wien Wien setzt seit langem auf die Verknüpfung von Lebensqualität, Technology und Umweltschutz. Wien ist daher eine der führenden Umweltmusterstädte weltweit und auch in Smart City Rankings ganz vorne zu finden. Wien setzt auf die Weiterentwicklung dieser Führungsrolle und stellt bei seinen Smart City-Aktivitäten die Bereiche Energie, Klima, Verkehr und Stadtentwicklung in den Mittelpunkt.</p> <p>Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP Wien) 1999 beschloss die Stadt Wien ein Klimaschutzprogramm (KliP Wien) mit einer Laufzeit bis 2009. Das KliP I war sehr erfolgreich. Insgesamt wurde bis Ende 2008 die jährlich emittierte Treibhausgas-Menge um 3,1 Millionen Tonnen reduziert. Im Jahr 2009 hat der Wiener Gemeinderat die Fortschreibung des Wiener Klimaschutzprogramms (KliP II) mit einer Geltungsperiode bis in das Jahr 2020 beschlossen.</p>	Reduktion von 21% Treibhausgasemission pro Jahr im Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 durch das Klimaschutzprogramm I und II; Vermeidung von 1,4 Mio. Jahrestonnen an Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2009-2020 durch das Klimaschutzprogramm II und Vermeidung von 4,5 Mio. Jahrestonnen gesamt durch beide Programme.
Österreichischer Städtebund	<p>Modellregion e-mobility Graz – Elektromobilität als Säule eines nachhaltigen integrierten Mobilitätssystems im Großraum Graz Der Hype um Elektromobilität ist andauernd – die Erwartungshaltung ist schwer zu erfüllen – Lieferengpässe bei Fahrzeugen, Technologieentwicklung der Batterien, der Ladeinfrastruktur, rechtliche Rahmenbedingungen von Baugesetzen bremsen die Euphorie in der</p>	Senkung der CO2-Werte Zunahme der Anzahl an Elektrofahrzeugen Größeres Bewusstsein in der Bevölkerung für die positiven Auswirkungen schadstoffarmer Kraftfahrzeuge

	<p>Umsetzung. Die Kunden sind preissensibel und akzeptieren die hohen Preise oftmals nicht. Öffentliche Ladeinfrastruktur ist nur langsam realisierbar; die gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben Unsicherheiten beim Betrieb von Ladesäulen; das Mobilitätsverhalten ist nur langsam zu ändern und muss gelernt werden.</p> <p>Erste Erfolge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verleih von Elektrofahrzeugen als Flughafenshuttle für Jahreskartenbesitzer vergünstigt. • Einsatz von e-FZ im Firmenfuhrpark seit mehr als 6 Monaten ohne Probleme • <p>In weiterer Folge ist die Umsetzung des Projektes Modellregion Großraum Graz (insg. 59 Gemeinden) in Verbindung mit dem ÖV geplant.</p>	
Renewable energy target 34% compared to 2005		
Land Niederösterreich	<p>Niederösterreichischer Energiefahrplan 2030 Niederösterreich baut die erneuerbare Stromerzeugung bis 2015 aus. Laut niederösterreichischem Energiefahrplan 2030 soll bis 2015 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern stammen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird – bei gleichzeitigem Energieeinsparen - der Ausbau der Windkraftanlagen und Photovoltaik forciert.</p>	<p><u>Quantitative Ziele für Sonnenenergie/Photovoltaik:</u> 2009: 11 GWh 2015: 150 GWh 2020: 2000 GWh</p> <p><u>Quantitative Ziele für Energie aus Windkraft:</u> 2009: 1.080 GWh 2015: 2.500 GWh 2020: 4.000 GWh</p> <p>2009: 345 Anlagen 2015: 550 Anlagen 2020: 650 Anlagen</p> <p><u>Quantitative Ziele für Strom aus Biomasse:</u> 2009: 1.000 GWh 2015: 1.100 GWh 2020: 1.300 GWh</p>

		<p><u>Qualitative Ziele:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Unabhängigkeit - Innovation und Wettbewerbsfähigkeit - Nachhaltigkeit
Land Oberösterreich	<p>Energiestrategie „Energiezukunft 2030“ Ziel der Landesenergiestrategie Oberösterreichs „Energiezukunft 2030“ ist es, bis zum Jahr 2030 schrittweise Oberösterreich bei Wärme und Strom auf erneuerbare Energie umzusteigen und damit die CO₂-Emissionen und die Energieimporte zu senken. Neben konkreten Reduktionszielen definiert die Landesenergiestrategie nachstehende Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausreichende Eigenerzeugung an erneuerbarer Energie zur vollständigen Abdeckung des oberösterreichischen Strombedarfs bis 2030 - Schrittweise Reduktion des Wärmebedarfs um 39% bis 2030 - Auf Basis des europäischen Aktionsplans für Energieeffizienz: Energiesparpotenzial Verkehr und der oberösterreichischen Potenziale an erneuerbarer Energie sowie der Bundesregierungsziele im Bereich biogene Treibstoffe bis zu 41% weniger fossiler Diesel und Benzin im Verkehrsbereich (unter Bedachtnahme auf den Tanktourismus) bis 2030 - Je nach wirtschaftlicher und sozialer Verträglichkeit um bis 65% weniger CO₂-Emissionen bis 2030. <p>Zur Umsetzung wurden 148 Maßnahmencluster erarbeitet und in der Landesregierung beschlossen.</p>	<p>Durch den schrittweisen Umstieg auf erneuerbare Energie bei Wärme und Strom wird erwartet, die CO₂-Emissionen und die Energieimporte zu senken. Die Maßnahmen werden alle 3 Jahre – beginnend mit dem Jahr 2011 – einer externen Evaluierung unterzogen.</p>
Land Steiermark	<p>Energiestrategie Steiermark 2025 „Erneuerbare Energien“ ist einer der fünf</p>	<p>Erhöhung der Anteile an erneuerbarer Energie auf 34% bis 2020.</p>

	<p>strategischen Maßnahmenbereiche der Energiestrategie Steiermark 2025. Unterteilt in die Unterabschnitte „Bioenergieausbauprogramm Steiermark“, „Road Map Wasserkraft“, „Road Map Sonnenenergie“ und „Road Map Windenergie“ werden die Einzelmaßnahmen zu diesem Bereich detailliert und unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kosten und der Auswirkungen auf Energie- und Emissionseinsparungen sowie den Arbeitsmarkt beschrieben.</p>	
<p>Land Steiermark</p>	<p>Entwicklungsprogramm Sachbereich Windenergie Auf Grundlage der 2009 von der Landesregierung beschlossenen Energiestrategie wird nach dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz ein rechtsverbindliches Sachprogramm Windenergie erstellt. In diesem Programm werden unterschiedliche Zonen festgelegt, in denen die Errichtung von Windkraftanlagen ausgeschlossen oder zulässig ist. Wesentliche Grundlage dafür sind die Zielsetzungen der Alpenkonvention, die damit für diesen Bereich umgesetzt werden.</p>	<p>Der derzeitige Stand von ca. 50 MW installierter Leistung und weitere ca. 50 MW von beantragten Anlagen im Bewilligungsverfahren soll in den nächsten 5 Jahren auf insgesamt 300 MW erzeugter elektrischer Leistung aus Windkraftanlagen erhöht werden.</p>
<p>Wirtschaftskammer Österreich</p>	<p>Beratung von KMUs durch den „Energieeffizienzcheck“ Das Energieinstitut der Wirtschaft (EIW) wurde im April 2008 von der WKÖ gegründet, die auch Mehrheitseigentümerin ist.</p> <p>Als erste Aufgabe konzipierte und initiierte das EIW gemeinsam mit der WKO die KMU-Initiative zur Energieeffizienzsteigerung, für deren Umsetzung der Klima- und Energiefonds ein Budget von rund 3 Mio. Euro zur Verfügung stellt.</p> <p>Kernelement der Initiative ist der KMU-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung von Energieeinsparungspotenzialen durch Betriebe in Folge der Energieeffizienzberatung • Einsparpotenziale von 4.650 Euro pro Betrieb und Jahr an Energiekosten • Im Durchschnitt wird eine Verringerung der Gesamtenergiekosten um ca. 12% realisiert. • Pro Betrieb und Jahr beläuft sich die Einsparung durchschnittlich auf 52.000 kWh. • CO₂-Reduktion im Durchschnitt 18 Tonnen CO₂ pro Betrieb und Jahr

	<p>Energieeffizienzcheck im Wert von 675 Euro. Diese Initiative ist eine Ergänzung der derzeitigen Förderangebote der Länder zur Energieberatung. Ein Unternehmen kann innerhalb von 12 Monaten zwei Schecks für eine Energieeffizienz-Beratung befragen – einen für die Erstberatung und einen für die Umsetzungsberatung.</p> <p>Im Vorfeld der Initiative und begleitend dazu wurden vom EIW über 260 EnergieberaterInnen über die Ziele der Initiative informiert und geschult. Weitere Informationen: www.energieinstitut.net</p>	
Energy efficiency target		
Land Kärnten	<p>e5-Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden</p> <p>e⁵ läuft in Kärnten seit dem Jahr 2005 und es beteiligen sich mittlerweile 33 Gemeinden (rund 54% der Kärntner Bevölkerung) am Programm. e⁵ ist ein bereits seit 1998 laufendes, europaweit erfolgreiches Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramm, das Gemeinden ermuntert und unterstützt, ihre Energiepolitik zu modernisieren, Energie effizienter zu nutzen, Klimaschutzziele zu definieren und zu verfolgen sowie erneuerbare Energieträger verstärkt einzusetzen. Die Möglichkeiten der Gemeinden liegen vor allem in den Bereichen Entwicklungsplanung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation und externe Kommunikation.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Einsparung von rund 7.000 MWh Energie (ca. 775.000 Euro pro Jahr) – Reduktion der CO₂-Emissionen um rund 2.000 Tonnen pro Jahr.
Land Kärnten	<p>Netzwerk-Energieberatung-Kärnten (netEB)</p> <p>Mehr als 60 Beraterinnen und Berater informieren private Gebäude- oder Wohnungseigentümer (bzw.</p>	<p>Die angestrebten 3.000 Beratungen pro Jahr ergeben</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ein Investitionsvolumen von rund 100

	<p>–mieter) in Bezug auf die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen. 83% der Beratungskunden setzen dann zumindest eine Maßnahme um, investieren durchschnittlich 30.500 Euro und reduzieren dadurch den Energieverbrauch um 45%. Das vermindert die CO₂-Emissionen um 2,5 Tonnen pro Jahr. Aus einem Fördereuro werden durch die Beratung 254 „Investitionseuro“ lukriert (bei einer Solaranlage oder Biomasseheizung liegt das Verhältnis bei 1:4 bis max. 1:10).</p>	<p>Millionen Euro</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Reduktion des Energieverbrauchs um 34.500 MWH/a (um 45%) – Die Reduktion der CO₂-Emissionen um 2.500 t/a
Land Niederösterreich	<p>Niederösterreichisches Energieeffizienzgesetz 2012 (NÖ EEG 2012) Ziel dieses Gesetzes ist es, die Energie im Land Niederösterreich verstärkt effizient und kostenwirksam zu nutzen. Um den Markt für effizienten Energieeinsatz anzukurbeln, werden die erforderlichen Mechanismen, Anreize und institutionelle, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen festgelegt bzw. geändert.</p>	<p>Dieses Gesetz gilt für:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.. Anbieter von Energieeffizienzmaßnahmen 2.. Energieverteiler 3.. Verteilernetzbetreiber 4.. Energiehandelsunternehmen 5.. Endverbraucher <ul style="list-style-type: none"> – Vorbild Land & Gemeinden: Bei Beschaffung und Ausschreibungen spielen Energieeffizienz und Lebenszykluskosten eine wichtige Rolle, Sanierung öffentlicher Gebäude – Sicherstellung einer geförderten Energieberatung – Verpflichtung des öffentlichen Sektors zur Nominierung von Energiebeauftragten – Verpflichtung des öffentlichen Sektors zur Energiebuchhaltung
Land Salzburg	<p>Salzburg 2050 – Energieautonom, Klimaneutral und Nachhaltig See above GHG emission reduction target</p>	
Land Steiermark	<p>Energiestrategie Steiermark 2025 „Energieeffizienz und Energiesparen“ ist einer der fünf strategischen Maßnahmenbereiche der</p>	<p>Der Energieeinsatz soll spürbar reduziert werden. Ziele in Bezug auf die Anteile an erneuerbaren Energie (34% bis zum Jahr 2020) wird nur dann</p>

	<p>Energiestrategie Steiermark 2025. Unterteilt in die Unterabschnitte „Sanierungsoffensive für Wohn- und Dienstleistungsgebäude“, „Anforderungen für neue Gebäude“, „Energieeffizienz bei KMU und in der Industrie“, „Energiesparaktion für Haushalte“ und „Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich“ (öffentliche Hand)“ werden die Einzelmaßnahmen detailliert und unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kosten und der Auswirkungen auf Energie- und Emissionseinsparungen sowie den Arbeitsmarkt beschrieben.</p>	<p>erreichbar, wenn der Energieverbrauch bei Dienstleistungen, Gewerbe, Industrie etc. verringert wird.</p>
<p>Land Vorarlberg</p>	<p>Strategie Energieautonomie Vorarlberg Laut Beschluss des Vorarlberger Landtags soll Vorarlberg bis 2050 energieautonom werden. Im November 2011 wurde eine bis 2020 reichende Strategie verabschiedet. Diese enthält 101 konkrete Maßnahmen und detaillierte Zielsetzungen in allen Segmenten, vom Ausbau erneuerbarer Energieträger, über Gebäude, Mobilität und Raumplanung, Industrie bis zu Querschnittsmaßnahmen wie eine Bildungsoffensive. Ende 2012 / Anfang 2013 wurden von diesen 101 Maßnahmen rund 40 Maßnahmen priorisiert und mit konkreten Umsetzungsschritten und Verantwortlichkeiten versehen. Im Rahmen eines kontinuierlichen Umsetzungsprozesses wird die Realisierung und Zielverfolgung in Arbeitsgruppen verfolgt bzw. begleitet. Das Programm ist mit erheblichen Investitionen verbunden. Allein im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger ist mit Investitionen von rund 1 Milliarde Euro zu rechnen. In der thermischen Gebäudesanierung werden Investitionen von rund 2 Milliarden Euro erwartet.</p>	<p>Die Ziele sind klar definiert, auch quantitativ. Es gibt sowohl Gesamtziele als auch Teilziele und konkrete quantitative Annahmen in jedem Sektor. Ebenso wird jede einzelne Maßnahme qualitativ verfolgt. Ein detailliertes Monitoring ist in Ausarbeitung. Im Juni 2013 sollen erste Monitoring-Ergebnisse vorgestellt werden.</p>

	<p>Zielsetzung ist dabei einer Sanierungsrate von 3%. Gerade in diesem Segment ist die Wertschöpfungs- und Beschäftigungswirkung besonders hoch. Ergänzt wird das Programm durch Kommunikationsaktivitäten, die auf Verhaltensänderungen abzielen. Ohne ein gleichzeitiges Umdenken und eine Veränderung der Lebenspraxis, sind nämlich die o.a. Ziele nicht erreichbar.</p>	
<p>Land Wien</p>	<p>Aktionsplan für erneuerbare Energie in Wien Im Aktionsplan für erneuerbare Energie (Renewable Action Plan Vienna – RAP_Vie) werden die Möglichkeiten und Maßnahmen für die Weiterentwicklung erneuerbarer Energie in Wien festgelegt. Bedeutende Potenziale für die Entwicklung Erneuerbarer Energie, die zum Teil noch nicht erschlossen sind, liegen u.a. in den Bereichen Photovoltaik, Solarwärme, Geothermie, Grundwasserwärme und Erdwärme. Bei der Entwicklung des Aktionsplans werden insbesondere folgende Handlungsfelder berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neuerschließung potenziell geeigneter und Verdichtung bereits versorgter Gebiete mit Fernwärme; • Einspeisung von Ökowärme aus tiefer Geothermie; • Ausbau von Strom aus Photovoltaik; • Ausbau der Nutzung von Umgebungswärme mittels Wärmepumpen; • Ausbau von Wärme aus thermischen Solaranlagen; • Gewinnung von Ökostrom aus Klärgas bei der Hauptkläranlage; 	

	<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb von Elektrofahrzeugen mit Strom aus regenerativen Quellen; • Ausbau von Strom aus Windkraft an bestehenden Standorten; • Investitionen in regenerative Stromerzeugung außerhalb Wiens für Wien. 	
<p>Land Wien</p>	<p>Städtisches Energieeffizienz-Programm (SEP) 2006 wurde das Städtische Energieeffizienz-Programm (SEP) vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Das SEP rückt Energieeffizienz und Energiesparen in den Vordergrund und gibt Leitlinien für die verbraucherseitige Energiepolitik in Wien bis zum Jahr 2015 vor. Ziel ist es, den Energieverbrauchszuwachs der Stadt Wien nachhaltig zu reduzieren, ohne den Lebensstandard in der Stadt zu beeinträchtigen. Rund 200 gezielte Maßnahmen bzw. Instrumente wurden, zugeschnitten auf die Sektoren Privathaushalte, private Dienstleistungen, öffentliche Dienstleistungen, Industrie und produzierendes Gewerbe, Verkehr und Landwirtschaft, entwickelt. Die Stadt Wien selbst hat Vorbildfunktion und hat sich besonders ehrgeizige Ziele gesetzt.</p>	<p>Im Jahr 2012 wurde bereits die zweite Evaluierung des SEP durchgeführt. Die Evaluierung bezieht sich auf alle im SEP verankerten Maßnahmenbündel und gibt einen Überblick über den aktuellen Umsetzungsstand.</p> <p>Zur Quantifizierung der Energieeinsparungen wurde entsprechend den Vorgaben und Methoden gemäß EU-Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsrichtlinie (2006/32/EG) vorgegangen. Im Zeitraum 2006 bis 2012 lagen die dokumentierbaren, projektbezogenen Energieeinsparungen bei jährlich rund 160 GWh. Berücksichtigt man weiters die nicht projektbezogen erfassbaren Energieeinsparungen (z.B. im privaten Dienstleistungssektor), wird davon ausgegangen, dass diese deutlich über den im SEP-SPAR-Szenario hinterlegten 180 GWh lagen. Auch die Aktualisierung der Prognose des Endenergieverbrauchs (prognostizierter Endenergieverbrauch im Jahr 2015 liegt in etwa auf dem Niveau von 2006) zeigt, dass man gut am Zielpfad (SEP-SPAR-Szenario) liegt. Im Vergleich zur ersten Berichtsperiode (2006-2009) konnte die zusätzliche jährliche Einsparung deutlich gesteigert werden (um durchschnittlich rund 25 GWh pro Jahr), was auch auf die verbesserte Datengrundlage und Anwendung der Methoden zurückzuführen ist. Die gesamte</p>

		Energieeinsparung für die SEP-Periode 2006 bis 2011 (exklusive Early Actions) beträgt rund 963 GWh.
Österreichischer Städtebund	<p>Smart City Graz / Zero Emission – pilothafte Stadtentwicklungsprojekte</p> <p>Im Rahmen des Vorprojektes Smart City Graz „I live Graz“ werden nachhaltige Wirkungszusammenhänge etwa für energie- und verkehrsoptimierten Städtebau, optimierte Flächennutzung und BürgerInnen-Partizipation mit Stakeholdern und dem Projektkonsortium in Arbeitsgruppen untersucht. Diese Erkenntnisse werden anschließend nach den Handlungsfeldern (Gebäude, Versorgung/ Entsorgung, Mobilität, Information und Kommunikation (Sustainable governance), System Stadt) in integrierte Leitlinien übergeführt. In Roadmaps 2020 und 2050 und (adaptierten) Aktionsplänen bis 2020 werden konkrete Maßnahmen den Betrachtungsebenen (Region/ Stadt, Stadtteil, Quartier und Projekt) zugeordnet, und Vorschläge zur Anpassung bestehender Strategien erarbeitet. Dabei müssen auch bestehende Umsetzungshemmnisse überwunden werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechtliche Hemmnisse (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien) • Finanzielle Komponenten <p>Vorhandene politische Strategien (Energiepolitik, Raumordnung, Verkehrspolitik)</p>	<p>Ziel ist die richtungsweisende Umsetzung eines integrativen Planungsprozesses, um eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, welche den Erhalt bzw. die Verbesserung der Lebensqualität als übergeordnetes Ziel hat.</p> <p>Weiters soll ein Demonstrations-Projekt von internationalem Charakter mit internationalen Partnerschaften entwickelt werden.</p>
Wirtschaftskammer Österreich	<p>Ausbildung von Energiemanagern</p> <p>Energiemanager“ ist ein neues Berufsbild, eine neue Art eines „Green Job“, den immer mehr Betriebe installieren. Energiemanager sind besonders wichtig in Betrieben, die viel Energie verbrauchen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Hebung des Energiebewusstseins von Unternehmen und konkrete Energieeinsparungen • 321 Europäischen Energiemanager der WKÖ • jährliche Energieeinsparung 800 Mio. Kilowattstunden = 800.000 Megawattstunden

	<p>Die WKÖ bietet betrieblichen Energiebeauftragten die Qualifikation zu „Europäischen Energiemanagern“. EU-weit wurde das Projekt in 13 Ländern mit rund 3.000 ausgebildeten Energiemanagern verbreitet und von der EU-Kommission gefördert.</p> <p>Weitere Informationen: www.energymanager.eu</p>	<ul style="list-style-type: none"> • jährliche Kosteneinsparung: 27 Mio. Euro • jährliche CO₂-Reduktion: 300.000 Tonnen
Early school leaving target -9,5%		
Land Oberösterreich	<p>Bildungsprogramme zum Nachholen von Grundbildung und Hauptschulexternistenprüfung</p> <p>Um den Anteil an gering qualifizierten Personen im erwerbsfähigen Alter (Personen mit mangelnden Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und Rechnen sowie Personen ohne positiven Pflichtschulabschluss) nachhaltig zu senken und das Qualifikationsniveau der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter generell zu steigern, werden im Land Oberösterreich folgende Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ermöglichung der kostenlosen Absolvierung von Bildungsprogrammen in den Bereichen <ol style="list-style-type: none"> i. Basisbildung/Grundkompetenzen ii. Nachholen des Pflichtschulabschlusses (Hauptschulexternistenprüfung). <p>In Verfolgung des Regierungsprogramms der 24. Gesetzgebungsperiode, das im Abschnitt „Erwachsenenbildung“ vorsieht: „Gemeinsam mit den Ländern sollen Wege von Kofinanzierungsmodellen das kostenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen aller formaler Ausbildungen der Sekundarstufe I und II (inklusive Berufsreifeprüfung) in einer altersgerechten Form ermöglicht werden“.</p>	<p>Erwartet wird eine signifikante Erhöhung der Beteiligungs- und Abschlussquote.</p>

	– Erhöhte Kohärenz der Förderinstrumente der Länder und des Bundes in den zwei genannten Bildungsbereichen.	
Land Steiermark	Schulsozialarbeit Die Schulsozialarbeit ist ein außerschulisches HelferInnensystem mit einer Vielfalt von Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche zur Förderung der Lebensbewältigung und des Schulerfolges. Eine weitere Maßnahme, die der Regionale Bildungsplan vorsieht, ist das „Jugendcoaching“, das Jugendliche bei ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn unterstützt. Eine meist enge Zusammenarbeit zwischen Polytechnischen Schulen und Betrieben unterstützt die Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Berufsleben.	Ziel all dieser Maßnahmen ist unter anderem die Reduzierung der Zahl der SchulabbrecherInnen.
Land Tirol	Siehe Paktstrategie Punkt 1. Übergangmanagement Schule/Beruf	Die Maßnahmen am Übergang Schule/Beruf tragen Beitrag zur Verringerung der Zahl der Schulabbrecher sowohl quantitativ, als auch qualitativ bei, Die laufende Studie soll weitere konkrete Zahlungen und Handlungsansätze bringen.
Österreichischer Städtebund	„Kind sein, Familie leben“ – Ein Leuchtturmprojekt im Stadtteil Schendingen (Bregenz) Das Projekt mit dem Ziel der Erhöhung von Bildungschancen benachteiligter Kinder und Minderung sozialer Exklusion in Kindergärten und Schulen, hat bereits einiges in der Bildungslandschaft von Bregenz verändert. Vor allem das vernetzte Arbeiten aller projektbeteiligten Partner ist ein wesentlicher Aspekt in der Umsetzung. 2011 wurde die Konzeptarbeit in allen Schwerpunktbereichen abgeschlossen. Start der Umsetzungsmaßnahmen war im Februar 2012. Neben übergreifenden Konzepten zur Elternarbeit,	<ul style="list-style-type: none"> • Sprachförderung als Querschnittsthema im Kindergarten und durchgängige Qualifizierung der Pädagoginnen • Willenserklärung von Schule und Kindergärten gemeinsame Werte für die Bildungsarbeit in Bregenz zu entwickeln. • Infrastrukturinvestitionen (Ganztageschule, Familienzentrum)

	Sprachförderung und Bildungszielen (Werte, Sozialkompetenz) wurden in den einzelnen Einrichtungen strukturelle Maßnahmen gesetzt: VS Schendlingen als Ganztageschule, Umwandlung von Kindergärten in Familienzentren.	
Die Sozialpartner Österreich	Kooperationserfolge in der Bildungspolitik: Berufsorientierung Bildungs- und Berufsorientierung wurde als eigener Unterrichtsgegenstand im Ausmaß von mindestens einer Wochenstunde in den Lehrplan der Neuen Mittelschule aufgenommen. Damit ist mittelfristig (nach Umstellung aller Hauptschulen auf Neue Mittelschulen NMS) sichergestellt, dass zumindest alle Absolventinnen der NMS (knapp 2/3 der 10-14-Jährigen) eine gesicherte Entscheidungsgrundlage für die Wahl des weiteren Bildungsweges nach der 8. Schulstufe erhalten.	
Die Sozialpartner Österreich	Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Bildungsstandards Im Mai 2012 fand die erste flächendeckende Überprüfung von Bildungsstandards in Mathematik für die 8. Schulstufe statt, die Ergebnisse wurden im Dezember 2012 veröffentlicht. Die Ergebnisse wurden den Schülerinnen und Schülern individuell und den Schulstandorten bzw. der Schulaufsicht in gesammelter Form rückgemeldet. Die Ergebnisse weisen aus, ob die entsprechenden Kompetenzen auf Ebene der jeweiligen Schulstufe vermittelt wurden und sollen bedarfsorientierte Maßnahmen (z.B. Unterrichtsschwerpunkte, LehrerInnenfortbildung, Lehrplangestaltung) anregen.	
Die Sozialpartner Österreich	Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Schulische Tagesbetreuung Im Schuljahr 2012/13 wurden knapp 10.000	

	zusätzliche Plätze an schulischer Tagesbetreuung geschaffen. Im nächsten Schuljahr 2013/14 wird eine Ausweitung um weitere 10.000 Betreuungsplätze angestrebt. Das Angebot der schulischen Tagesbetreuung soll mittels 15a-Verträgen bedarfsorientiert und flächendeckend ausgebaut werden, um eine längerfristige Absicherung der Betreuungsplätze zu ermöglichen und den Ausbau weiter zu forcieren.	
Die Sozialpartner Österreich	<p>Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Lehrberufspaket 2012</p> <p>Erlassen vom BMWFJ im Jahr 2012 nach Vorarbeit und Entwürfen des Bundesbildungsbeirates:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung des neuen Lehrberufs Gleisbautechnik • Modernisierung (teilweise Neustrukturierung) von vier Lehrberufen: Finanz- und Rechnungswesenassistent (bisher: Buchhaltung), MalerIn und BeschichtungstechnikerIn (bisher: MalerIn und AnstreicherIn), Metallbearbeitung (Zusammenfassung der bisherigen Lehrberufe DreherIn, Metallbearbeitung und WerkzeugmaschineurIn), Papiertechnik 	
Target for tertiary education 38%		
Die Sozialpartner Österreich	<p>Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Ausbau der Fachhochschul-Studienplätze</p> <p>Für 2012/13 wurden 500 neue Anfängerstudienplätze geschaffen, als zweite Ausbaustufe wurde die Bundesfinanzierung für 500 weitere Plätze ab 2013/14 fixiert. Den Schwerpunkt des Ausbaus bilden technische bzw. ingenieurwissenschaftliche Studiengänge sowie die Förderung berufsbegleitender Studiengänge.</p>	
Poverty target – 235.000 persons		

<p>Land Oberösterreich</p>	<p>Innovative Projekte für arbeitsmarktferne Personen In sozialökonomischen und gemeinnützigen Projekten werden Transitarbeitsplätze für langzeitbeschäftigungslose Menschen angeboten, um Schritte zur Reintegration in den Arbeitsmarkt zu setzen. Beschäftigungsdauer ist im Durchschnitt 6 Monate. Die Initiative „Beschäftigung 24“ ergänzt für bis zu 100 Personen die Beschäftigungsdauer auf max. 2 Jahre in Gemeinden oder gemeindenahen Betrieben, um die Integrationsarbeit zu vertiefen und dauerhafte Erfolge zu erreichen. Insgesamt 14 innovative Sozialprojekte werden in Oberösterreich mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds, Land, AMS und BSB 2011 zusätzlich umgesetzt, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern. Zielgruppen sind arbeitsmarktferne Personen wie Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Menschen mit Beeinträchtigungen, psychisch beeinträchtigte Jugendliche und Erwachsene, Personen mit Migrationshintergrund, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte.</p>	<p>Reduzierung der Zahl der Langzeitarbeitslosen. Da Personen mit Langzeitarbeitslosigkeit ein sehr hohes Gefährdungsrisiko (42%) haben, tragen beschäftigungsfördernde Maßnahmen für diese Personengruppe im überproportionalen Ausmaß zur Armutsbekämpfung bei.</p>
<p>Land Salzburg</p>	<p>Prüfung der Arbeitsfähigkeit und Steigerung der Erwerbschancen für Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher Maßnahmenkette zur Wiederherstellung der Erwerbschancen von arbeitsmarktfernen Personen, insbesondere von Bezieherinnen und Beziehern der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ (BMS):</p> <ul style="list-style-type: none"> – „Clearingstelle“: Feststellung der Arbeitsfähigkeit 	<p>Armutsbekämpfung durch Erwerbsarbeit; pro Monat werden etwa 20 BMS-Bezieherinnen und BMS-Bezieher in die Maßnahmenkette aufgenommen.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> – „Koordinierte Hilfeplanung“: Hilfeplan-Erstellung und darauf aufbauende fallführende Sozialarbeit zur Lösung multipler Problemlagen – Projekt zur Arbeitsmarkt-(Re-)Integration bis zu 25-jährigen Arbeitslosen. 	
Land Tirol	Siehe Paktstrategie Punkt 2. (BMS-BezieherInnen) und Punkt 3. (Ältere)	Die (Wieder-)Eingliederung von BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung und arbeitsmarktfernen Personen und die präventive Betreuung von Älteren zum Erhalt der Arbeitsbewältigungsfähigkeit tragen zur Erreichung des nationalen Armutszieles sowohl quantitativ, als auch qualitativ bei.
Land Wien	<p>Wiener Bedarfsorientierte Mindestsicherung Das Wiener Mindestsicherungsgesetz ist seit 1. September 2010 in Kraft. Personen ohne bzw. mit einem geringen Einkommen erhalten bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS). Von arbeitsfähigen BMS-BezieherInnen wird der Einsatz der Arbeitskraft verlangt. Gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice wurde das Projekt Step2Job entwickelt, das insbesondere arbeitsmarktferne Personen (BMS-BezieherInnen ohne Bezug einer Leistung des AMS) Unterstützung bei der Re-Integration in den Arbeitsmarkt bietet. Weiters sind BMS-BezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Durch den teilweisen Wegfall des Regresses sowie der Einführung eines Vermögens- und Einkommensfreibetrages und die Möglichkeit zur Beantragung der BMS beim Arbeitsmarktservice wurden auch Zugangshürden abgebaut.</p>	<p>Rückgang der Non-take-up-Rate In Wien hat sich die Anzahl der BezieherInnen durch die Einführung der BMS stark erhöht. Vor allem Familien mit Kindern nehmen die BMS in Anspruch. Der Anstieg ist sowohl auf die höheren Mindeststandards (Erschließung neuer Anspruchsgruppen) als auch auf eine verstärkte Inanspruchnahme durch den Wegfall von Antragshürden zurückzuführen. Der – bedingt durch die Einführung der BMS – hohe Anstieg von 2010 auf 2011 hat sich 2012 wieder etwas eingependelt und liegt nun bei rund 12%. Für 2013 ist mit einer annähernd gleichen Entwicklung zu rechnen.</p> <p>Stärkere Erwerbsorientierung Die Anzahl der VollbezieherInnen ist 2011 (Zielgruppe von Step2Job) erstmals rückläufig und 2012 hat sich die Anzahl der VollbezieherInnen im Vergleich zu den ErgänzungsbezieherInnen nicht erhöht. Rund ein Drittel der TeilnehmerInnen von Step2Job konnten in den Arbeitsmarkt integriert</p>

		werden. Für 2013 ist mit einer ähnlichen Tendenz zu rechnen.
Other		
Land Salzburg	<p>Salzburger Positionspapiere von Land und Gemeinden zur Gestaltung der EU-Förderperiode 2014-2020</p> <p>Unter Federführung der Landesamtsdirektion wurden Positionspapiere der Europa 2020 Steuerungsgruppe der Salzburger Bürgermeister sowie – darauf basierend – des Landes Salzburg zu fonds- und themenübergreifenden Förderschwerpunkten 2014-2020 erarbeitet, die zur Erreichung der Europa 2020 Ziele maßgeblich beitragen. Diese ergebnisorientierten Beiträge zur Gestaltung der Förderinhalte in der GSR-Fondsperiode 2014-2020 bewirken nicht nur eine offensive Auseinandersetzung mit den Europa 2020 Inhalten seitens der am Entstehungsprozess beteiligten Salzburger Gemeinden, Sozialpartner und des Landes, sondern auch deren Umsetzung in die Praxis in den folgenden Jahren.</p>	Implementierung und Umsetzung der Europa 2020 Strategie im Land Salzburg; quantitativer und qualitativer Beitrag zur Erfüllung der nationalen Europa 2020 Ziele.
Land Niederösterreich	<p>Fördercall „Nachhaltigkeit als unternehmerischer Faktor“</p> <p>Unter dem Titel „Nachhaltigkeit als unternehmerischer Faktor“ startete das Wirtschaftsressort des Landes Niederösterreich eine neue Förderaktion für Klein- und Mittelunternehmen. Im Zeitraum 2. Juli bis 16. November 2012 waren interessierte Betriebe eingeladen, geplante Nachhaltigkeitsprojekte einzureichen.</p> <p>Hintergrund für diese Maßnahmen ist das in der Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2015 formulierte Ziel, sozial verantwortungsvolle und ressourcenschonende Wirtschaftsweisen in</p>	<p>Bilanz des Förderaufrufs:</p> <p>Insgesamt 27 Nachhaltigkeitsprojekte wurden eingereicht und einer Fachjury vorgelegt. Die Bewertung erfolgte anhand bestimmter Kriterien, etwa der Relevanz für das Kerngeschäft und die regionale Entwicklung und Wertschöpfung. Die 11 besten Projekte wurden ausgewählt und mit einer Förderung unterstützt. Die Mittel dafür stammten aus dem NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds und der Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft.</p>

	Niederösterreich zu forcieren. Ziel der zeitlich befristeten Förderaktion war es, Klein- und Mittelunternehmen bei ihren Bestrebungen unterstützten, ihr Kerngeschäft nachhaltiger – d.h. ökologischer, regionaler und sozialer – auszurichten.	
Land Niederösterreich	<p>Soziale Produktion</p> <p>Soziale Produktion ist ein in Niederösterreich von drei Landesabteilungen (Umwelt, Wirtschaft und Soziales) in Public-Private-Partnership mit der Firma Komunitas OG entwickeltes Modellprojekt regionalen Wirtschaftens mit sozialer Komponente. Sozialbetriebe des 2. und 3. Arbeitsmarktes stellen unter fachlicher Begleitung nach nachhaltigen Kriterien mit Engagement und Kreativität Qualitätsprodukte für privatwirtschaftliche und öffentliche Auftraggeber her. 2011 wurde dazu seitens der Wirtschaftsabteilung des Landes ein Pilotprojekt gestartet, dabei kreierten 9 Unternehmen gemeinsam mit Sozialprojekten sinnvolle Lösungen für innerbetriebliche Problemstellungen. Die Palette der Entwicklungen reichte von der sinnvollen Weiterverwendung betrieblicher Abfälle bis zum Entwurf neuer Produktideen inklusive ökologischem Design.</p>	2012 wurde das Projekt im Rahmen des Programms für Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) räumlich ausgeweitet. Bis Mitte 2014 arbeitet Niederösterreich gemeinsam mit 8 Projektpartnern aus Wien, Burgenland, Steiermark und Ungarn an der Weiterentwicklung und Verbreitung des Modells der Sozialen Produktion.
Land Steiermark	<p>Gemeindestrukturreform</p> <p>Im Zuge der steirischen Reformpartnerschaft für die Legislaturperiode 2010-2015 werden verschiedene Strukturmaßnahmen verwirklicht. Neben der Reform der Verwaltung (weniger Organisationseinheiten, Zusammenlegung von Bezirkshauptmannschaften), ist die Reform der Gemeindestrukturen das weitreichendste Neustrukturierungsprojekt.</p>	Die deutliche Reduktion der Anzahl der Gemeinden bedingt eine wesentliche Veränderung der Gruppierung nach Größenklassen hin zu größeren leistungsfähigeren Gemeinden. Daraus resultieren nachstehende Vorteile: Abgestimmte raumordnungs- und verkehrspolitische Maßnahmen Verbesserte Koordination der Infrastrukturausstattung – Sicherung der Auslastung

	<p>Gemeinden sollen dauerhaft in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben sachgerecht, effizient und in entsprechender Qualität zu erfüllen.</p> <p>In der Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung vom 24. Jänner 2013 wurde zur Gemeindestrukturreform ein Bericht über den Prozessablauf und die Vorlage der neuen Gemeindestruktur der Steiermark beschlossen und mit Beschluss vom 26. Februar 2013 vom Landtag Steiermark zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Stärkung der finanziellen Leistungskraft- Heben von Einsparpotenzialen</p> <p>Rechtssicherheit und Professionalität der Verwaltung</p> <p>Geringerer Koordinationsaufwand zwischen den Verwaltungsebenen</p> <p>Für 2015 werden 285 statt heute 539 Gemeinden angestrebt.</p>
Die Sozialpartner Österreich	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik</p> <p>Gesundheitsreform</p> <p>Die von Sozialpartnern verwaltete Sozialversicherung war der wesentliche Motor der nun vorliegenden Vereinbarung zur Gesundheitsreform. Die Vertragsparteien kommen darin überein,</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine gemeinsame integrierte und sektorenübergreifende Planung und Steuerung im Gesundheitssystem sicherzustellen, • den Grad der Verbindlichkeit in der Gesundheitsplanung auf Länderebene durch wechselseitige Abstimmung der intra- und extramuralen Versorgungsplanung zu erhöhen und • eine sektorenübergreifende Finanzierung aufzubauen. 	
Die Sozialpartner Österreich	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik</p> <p>Rot-Weiß-Rot-Karte</p> <p>2012 wurde die letzte Schiene der RWR-Karte für Mangelberufe umgesetzt. Die Fachkräfteverordnung wurde erstmals im Juni 2012 für 26 Mangelberufe wirksam. Bald danach folgte die Verordnung für 2013 mit wenigen Veränderungen.</p>	

<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik ArbeitnehmerInnenschutz Unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialpartner wurde im ArbeitnehmerInnenschutz eine Einigung erzielt, die psychische Gesundheit und die Prävention von arbeitsbedingten Belastungen stärker betont. Unter Gefahren und Gesundheit sind nun ausdrücklich die psychischen Belastungen und psychische Gesundheit zu verstehen. Je nach gegebener Gefährdungs- und Belastungssituation sind sonstige Fachleute, insbesondere jedoch ArbeitspsychologInnen, zu beschäftigen.</p>	
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Rechtspolitik Wettbewerbsrecht Die nunmehr im Parlament beschlossene Reform des Wettbewerbsrechts (KaWeRÄG 2012), die mit 1.März 2013 in Kraft getreten ist, ist ein Erfolg der Sozialpartnerschaft.</p>	
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Kollektivvertragspolitik Im Jahr 2012 wurden 450 Kollektivverträge – also mit einer Laufzeit von 12 Monaten – abgeschlossen. Nicht alle werden jährlich abgeschlossen. Ca. 98% aller unselbständig Beschäftigten sind von Kollektivverträgen erfasst.</p>	
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Durchgeführte Maßnahmen 2012</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungspolitischer Dialog am 25.1.2012 mit den Ministerien für Wirtschaft, Soziales, Bildung und Wissenschaft: Duale Ausbildung fit für die Zukunft machen • ÖGB-WKÖ Veranstaltung "Impulse gegen Arbeitsstress. Praktische Erfahrungen aus betrieblichen Projekten zur Stressprävention" am 29.3.2012 • Veranstaltung zum Thema „Arbeitswelt 	

	<p>alternsgerecht gestalten!“ am 26.4.2012 in Salzburg</p> <ul style="list-style-type: none"> • Enquete „Integration - Migration“ mit Präsentation der Studie der Sozialpartner am 21.5.2012 • Bad Ischler Dialog am 15.-16.10.2012 zum Thema „Zukunft Europa“: Diskussion hochkarätiger VertreterInnen aus dem Kreis der österreichischen und europäischen Politik, der Sozialpartnerverbände, der Wissenschaft und der Medien über die gegenwärtigen großen Herausforderungen Europas und wie sie zu bewältigen sind. Vor diesem Hintergrund präsentierten die Sozialpartner ein umfassendes Positionspapier. • Gemeinsame Reise der Präsidenten der Sozialpartner nach Brüssel am 19.10.2012 mit Übergabe des Sozialpartnerpapiers von Bad Ischl „Zukunft Europa“ an mehrere Kommissionsmitglieder • Positionspapier „Europäische Wirtschaftspolitik zum Abbau der Ungleichgewichte“: Präsentation im Rahmen eines WIFO-Stakeholder Forums zum Projekt „WWWfor Europe“ am 15.11.2012 • Treffen von Präsident Foglar (ÖGB) und Präsident Leitl (WKÖ) mit französischen RegierungsvertreterInnen am 19.11.2012 in Paris zum Thema Jugendbeschäftigung • Enquete „Der Einfluss der Finanzmärkte auf die Rohstoffpreise“ am 10.12.2012 	
Die Sozialpartner Österreich	<p>Geplante Maßnahmen 2013</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsfundamente 2013: Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte 	

Bildungsreform“: Präsentation der Sozialpartnervorschläge am 27.2.2013

- Erster Gipfel der Sozialpartnerinnen am 18.3.2013: “Karriere mit Lehre! Auch für Mädchen?“ war das Motto des ersten Gipfels. In der Zukunft muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Mädchen im gesamten Spektrum der Lehrberufe wählen können.
- Studienreise der Sozialpartner nach Spanien und Portugal von 15. bis 19.4.2013: Die Studienreise wird sich thematisch auf Konsequenzen der Krise und Krisenbewältigungsstrategien konzentrieren.
- Veranstaltung zum Thema „Arbeitswelt alternsgerecht gestalten!“ am 18.4.2013 in Eisenstadt
- Gemeinsame Reise der Präsidenten der Sozialpartner nach Brüssel mit Auftritt im Plenum des EWSA am 23.5.2013 zum Thema des Sozialpartnerpapiers des Bad Ischler Dialogs 2012 „Zukunft Europa“
- Gemeinsames Positionspapier zu „Investitionen und Innovationsfähigkeit für künftiges Wachstum“: 1. Halbjahr 2013
- Evaluierung der Beiratsstudie „Zukunft der Wettbewerbspolitik in Österreich“: Die Arbeitsgruppe wird einberufen, um im Laufe des ersten Halbjahres 2013 die Umsetzung der Sozialpartner-Vorschläge und die Fortschritte auf dem betreffenden Gebiet zu evaluieren. Die Arbeiten sollen vor der Nationalratswahl im Herbst abgeschlossen sein.
- Evaluierung „Wirkungsorientierte Haushaltsführung“: Die Arbeitsgruppe

	<p>Budgetpolitik sollte nach Vorlage des BVA 2014 mit einer Evaluierung von Durchführungsprozessen und Wirkungen dieses neuen Instruments beginnen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Bad Ischler Dialog am 16.-17.9.2013 zum Thema „Investitionen in die Jugend“ (Arbeitstitel)• Evaluierung der Umsetzung der Vorschläge zur Anhebung des faktischen Pensionsalters im Sozialpartnerpapier des Bad Ischler Dialogs 2011• Sozialpartnerverhandlungen zum Thema „Flexibler Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach längerer Arbeitsunfähigkeit“	
--	---	--